**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 17. Dezember 2009,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 21.00 Uhr**

Anwesend sind: 44 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Daniel Dähler, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Stefan Nünlist, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Daniel Probst, 10. Andreas Schibli,
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Corinne Bader, 2. Rolf Braun, 3. Lukas Derendinger, 4. Werner Good, 5. Thomas Marbet,
6. Dr. Rudolf Moor, 7. Daniel Schneider, 8. Luzia Stocker Rötheli, 9. Dr. Arnold Uebelhart,
10. Dieter Ulrich, 11. Lea von Wartburg

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling,
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Köstli, 4. Christian Werner, 5. Gert Winter

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Stephan Fröhlicher, 4. Anita Huber,
5. Theo Schöni, 6. Patrick Weibel, 7. Felix Wettstein

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Aldo Stoppa, Stadtplaner

Entschuldigt abwesend:

Dr. Markus Ammann

Entschuldigt abwesend:
Huguette Meyer Derungs
Armand Weissen
René Steiner
André Kappeler
Marc Winistörfer

Vorsitz: Roland Rudolf von Rohr

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Mitglied des Gemeindeparlamentes/Demission
 - * 3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes
 4. Bebauungsgebiet Olten SüdWest, Qualitätssicherung/Kennntnisnahme/Weiterbehandlung
 5. Volksmotion Alex Capus und Stefan Nünlist betr. Olten SüdWest
 6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 6.1 Postulat Rolf Braun (SP) und Mitunterzeichnende betr. Erhaltung der Schlittelgelegenheiten in Olten (eingereicht am 26.03.2009/erstmals traktandiert am 18./19.11.2009)
 - 6.2 Postulat Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Stadthaus: Neuanfang statt Sanierungen ohne Ende? (eingereicht am 19.11.2008/erstmals traktandiert am 18./19.11.2009)
 - 6.3. Postulat André Koestli (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Für eine erweiterte Sicherheit an Oltner Schulen“ (eingereicht am 28. Mai 2009/erstmals traktandiert am 18./19.11.2009)
 - 6.4. Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Unterstellung der künftigen Sek P in der Stadt Olten (eingereicht am 28. Mai 2009/erstmals traktandiert am 18./19.11.2009)
 - 6.5. Postulat Theo Schöni (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Einheitliche Öffnungszeiten für alle Garten- und Strassenrestaurants in der Oltner Innenstadt (eingereicht am 28.05.2009/erstmals traktandiert)
- * wegen Abwesenheit auf nächste Sitzung verschoben

* * *

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr begrüsst die Gäste, Vertreter und Vertreterinnen der Presse, die Stadträtin und Stadträte und die Mitglieder des Gemeindeparlamentes herzlich zur heutigen letzten Sitzung dieses Jahres.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:

Oltner Tanztage

Mit Brief bedankt sich Ursula Berger sehr für die Unterstützung und Anerkennung, welche die Tanztage erst ermöglichen. Sie wünscht uns allen eine gute Adventszeit und erwähnt auch noch, dass sie im nächsten Jahr darauf achten wird, dass die Tanztage nicht immer just auf unsere Budgetsitzung fallen.

* * *

Variantenabstimmung 200-Franken-Bonus

Ihr wisst alle, dass ein Parlamentsmitglied das Büro beauftragt hat, zu prüfen, ob eine Variantenabstimmung, wie wir sie damals hatten, rechtens ist. Im Büro haben wir dies zweimal überprüft. Ich zitiere aus dem Protokoll der zweiten Sitzung

„Variantenabstimmung: Rechtskonsulent Stefan Hagmann erklärt zur rechtlichen Situation, die Motion habe verlangt, in der erwähnten Sache einen Beschluss vorzulegen. Dabei müsse der Auftrag durch mindestens eine Variante erfüllt werden können. Eine weitere Variante sei aber nicht explizit ausgeschlossen. Dies bestätigt auch der Ratssekretär des Kantonsrates. Die Möglichkeit von Varianten sei nicht per se ausgeschlossen.“

Wir haben das Thema dann als erledigt erachtet. Rechtlich ist es ganz klar, politisch sicher nicht ganz, weil Variantenabstimmungen doch eher aussergewöhnlich sind und wahrscheinlich auch nicht mehr so oft vorkommen werden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Interpellation Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Pensionskasse der Stadt Olten
- Postulat Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Spielplatzgeräte in der Stadt Olten
- Motion Anita Huber und Felix Wettstein (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen
- Postulat SP-Fraktion zur Überprüfung und Neuorganisation der Verwaltung in den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bau

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 52

Information aus der GPK

Dr. Rudolf Moor: Im Auftrag der GPK informiere ich über den Stand der Arbeiten, die wir im Rahmen der Klärung der Vorgänge um Olten SüdWest in der GPK durchführen. Die GPK hat in der Zwischenzeit die vorgesehenen Gespräche zum grössten Teil geführt und die Dokumente gesichtet. Die Arbeiten zur Redaktion des Schlussberichtes haben bereits angefangen. Wir sind an der Arbeit. Dessen Fertigstellung durch die GPK kann voraussichtlich im Februar 2010 erwartet werden. Die Kosten bewegen sich bis jetzt absolut im erwarteten Rahmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 53

Änderungsantrag SVP-Fraktion zur Traktandenliste

Vorgängig wurde das Anliegen auch von Stefan Nünlist an das Büro weiter geleitet. Es hat dann mit 4 : 2 Stimmen entschieden, dass die beiden Geschäfte auf der Traktandenliste bleiben. Gemäss Artikel 29 ist es eigentlich ein Ordnungsantrag, weil er sich auf die Verschiebung eines Geschäfts bezieht, und es wäre dort vorgesehen, dass nicht mehr als ein Mitglied pro Fraktion während fünf Minuten das Wort hat. Das möchten wir so handhaben. Wir werden über die beiden Traktanden 4 und 5 separat abstimmen.

Christian Werner: Die SVP-Fraktion stellt bezüglich Traktandenliste den Antrag, der Euch vorliegt. Ich verzichte darauf, ihn wortwörtlich herunter zu lesen. Wir möchten die beiden Sachgeschäfte 4 und 5 auf die nächste ordentliche Gemeindeparlamentssitzung verschieben, damit uns allen mehr Zeit zur Verfügung steht, eine seriöse und umfassende Lagebeurteilung machen zu können und wir die neuen Erkenntnissen in den Fraktionen ausgiebig und ohne Zeitdruck diskutieren können. Gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes hätten die Unterlagen 10 Tage vor der Sitzung zugestellt werden müssen. Diese Frist hat der Stadtrat nicht eingehalten. Eine Abweichung von dieser 10-Tage-Frist ist nur in dringenden Fällen statthaft, wie das Gesetz dies nennt. Der Stadtrat argumentiert, er habe die Grundlagen für die zusätzlichen Unterlagen erst drei Tage vor der Sitzung erhalten, womit die Dringlichkeit gegeben sei. Dieses Argument ist unseres Erachtens abzulehnen. Es ist eine Tatsache, dass der Stadtrat anlässlich der letzten Gemeindeparlamentssitzung die Geschäfte, über die wir jetzt diskutieren, zurück gezogen hat und seither und bereits vorher ausreichend Zeit für die Ausarbeitung der Unterlagen und auch für die Einholung des Gutachtens hatte. Vermutlich wird der Stadtrat jetzt sagen, das Gutachten sei zu spät eingetroffen. Uns als Parlament hat dies aber an und für sich nicht zu interessieren, weil die Einholung des Gutachtens und der Zeitplan Sache der Führung der Exekutive ist, und ein Verzugsrisiko liegt im Verantwortungsbereich des Stadtrates. Es kann nicht sein, dass das Parlament dort nachher unter Zeitdruck kommt und darunter leiden muss. Der Stadtrat hatte wirklich genügend Zeit. Deshalb liegt klar kein dringender Fall vor. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass an das Vorliegen eines dringenden Falls aufgrund des Milizprinzips von der nötigen Vorlaufzeit in den Fraktion und gerade in der Vorweihnachtszeit, wo die meisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier stark überlastet oder zumindest ausgelastet sind, hohe Anforderungen gestellt werden müssen. Eine Beratung heute würde unseres Erachtens der Wichtigkeit dieser Angelegenheit nicht gerecht. Natürlich liegt die Kompetenz diese Geschäfte betreffend beim Stadtrat. Aber er will, dass wir im Parlament eine Diskussion darüber führen. Wenn er will, dass wir darüber diskutieren und debattieren sollen, finde ich, dass der Stadtrat uns auch genügend Vorbereitungszeit geben soll, damit wir das Ganze seriös angehen können. Eine Verschiebung auf die nächste ordentliche Sitzung würde die Diskussion in den Fraktionen und eine entsprechend fundierte anschliessende Debatte im Parlament erlauben, was im Interesse von uns allen ist und der Wichtigkeit dieser Entscheide gerecht würde. Eine „Hauruckübung“ ist der falsche Weg. Abgesehen davon spricht kaum etwas dagegen, die Geschäfte anlässlich der nächsten Sitzung zu behandeln. Sollte jetzt von den Gegnern unseres Antrages vorgebracht werden, dass bei einer Verschiebung der Stadtrat ohne eine vorgängige Diskussion im Parlament entscheiden würde, bin ich klar der Meinung, dass der Stadtrat dies nicht machen würde, weil ihm sehr viel an einer Diskussion im Parlament liegt, da auch Druck von der Öffentlichkeit besteht. So wahnsinnig entscheidungsstark ist unser

Stadtrat jetzt auch wieder nicht. Ich bitte Euch deshalb, unseren Antrag auf Verschiebung zu unterstützen, und danke recht herzlich.

Marcel Steffen: Wir von der CVP/EVP/GLP-Fraktion haben uns darüber unterhalten können, ob wir endlich genügend Informationen haben, um den Bericht zum Bebauungsgebiet Olten SüdWest und der geforderten Qualitätssicherung zur Kenntnis zu nehmen. Der Entscheid gegen die Verschiebung war äusserst knapp. Wir haben uns intensiv darüber unterhalten, welche Gründe für und welche gegen eine Verschiebung sprechen. Selten ist bei uns eigentlich ein Geschäft so kontrovers diskutiert worden wie der kleine Antrag eines Geschäfts, zu dem wir grundsätzlich ohnehin nichts zu sagen haben. Der Stadtrat könnte ja eigentlich selber entscheiden, was er dort machen will. Dennoch ist dem Stadtrat wahrscheinlich einiges daran gelegen, dass das Parlament vom Bericht Kenntnis nimmt. Die Befürworter einer Verschiebung in unserer Fraktion sehen es ähnlich, wie wir es vorher gehört haben. Sie waren nicht zu spät. Es war on-time. Um die Argumente entsprechend gewichten zu können, allfällige weitere Abklärungen zu machen und somit vom Geschäft mit gutem Gewissen Kenntnis zu nehmen, dafür war es etwas knapp. Dazu kommt noch die etwas andere Medienmitteilung der Holcim. Wer lässt sich schon gerne erpressen? Dort steht, die Stadt hätte das Gebiet kaufen können. Es hat eine konkrete Offerte gegeben. Hier ist vermutlich noch etwas mehr Wasser auf die Mühle oder vielleicht sogar etwas Öl ins Feuer gegossen worden. Die Lösung ist also für diesen Teil unserer Fraktion ganz klar: Das muss verschoben werden. Wir müssen mehr Informationen haben. Die knappe Mehrheit denkt aber wirklich, dass wir genügend Informationen haben, um vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Wir haben ihn ja schon seit September. Wir hatten in diesem Parlament bereits eine grosse Kenntnisnahme und Vorstellung des Ganzen. Jetzt ist einfach noch eine Änderung nachgeschoben worden. Ich denke, wir haben jetzt eigentlich genügend Informationen, um dies nicht verschieben zu müssen, sondern in diesem Parlament zu diskutieren und zur Kenntnis nehmen zu können. Nicht vorenthalten möchte ich Euch aber auch die Verunsicherung oder Ängste, die vorhanden sind. Auch der Expertenbericht hat sie nicht restlos ausgeräumt. Was passiert, wenn wir das Geschäft verschieben? Haben wir mit rechtlichen Folgen zu rechnen? Oder entscheidet der Stadtrat ohne Kenntnisnahme, wie er es eigentlich ja auch könnte? Welche Verantwortung laden wir uns im Parlament auf, wenn wir das Geschäft jetzt zur Kenntnis nehmen? Macht uns dann irgend einmal irgend jemand einen Vorwurf, wir hätten nicht richtig gehandelt? Ist das Entwicklungsgebiet mit der von uns gewünschten Qualität wirklich so machbar wie die Vision, die wir gesehen haben? Ist ein vertraglicher Eigentümer der Richtige, der uns hier unterstützen kann, dass wir dies dort unten qualitativ entwickeln können? Haben die Bau- und die Gestaltungskommission genügend Fachkräfte, um ein solches Bauvorhaben richtig beurteilen zu können? Wird unser Verhalten im Parlament durch politisches Taktieren beeinflusst? Diese Fragen haben wir uns gestellt? Zum jetzigen Zeitpunkt können wir sie nicht alle beantworten. Ich denke, wir können sie erst beantworten, wenn dann irgend ein Ereignis eintritt. Wichtig ist meiner Meinung nach, dass wir das Geschäft heute zur Kenntnis nehmen und diskutieren und dann auch zum heutigen Entscheid stehen könnten. Aus diesen Gründen ist die CVP/EVP/GLP-Fraktion knapp gegen die Verschiebung des Geschäfts.

Urs Knapp: Bei Punkt 4 ist die FdP-Fraktion mehrheitlich für Behandlung, bei Punkt 5 werden wir grossmehrheitlich für Verschiebung sein. Weshalb sind wir für die Behandlung von Punkt 4? Es geht um eine Kenntnisnahme. Wir haben nichts dazu zu sagen, haben aber gleichwohl etwas dazu zu sagen, können sagen, was wir finden, können zur Entscheidungsfindung im Stadtrat beitragen. Er hat uns ja gesagt, er sei interessiert zu hören, was das Gemeindeparlament zu diesem Thema sagt. Letztlich geht es aber nur um eine Kenntnisnahme. Wir haben es eigentlich alle schon zur Kenntnis genommen und haben die Zusatzberichte gelesen. Entscheiden können wir am Schluss bei diesem Geschäft über zwei kleine Punkte. Schreiben wir die Motion von Stefan Nünlist und das Postulat der SP ab? Das sind die Entscheidungskompetenzen, die wir haben. Wir sind der Meinung, es liege alles auf dem Tisch. Für eine Debatte betr. Kenntnisnahme ist alles vorhanden, und es ist auch ganz klar, wo die Verantwortung und die Kompetenz für den Gestaltungsplan liegen, bei der Planungsbehörde, der Stadträtin und den vier Stadträten. Von daher sind wir mehrheitlich klar dafür, dass wir die Debatte heute führen.

Daniel Schneider: Besten Dank an die SVP für diesen Antrag, den wir nicht unterstützen können, aber sehr gut verstehen, weshalb er kommen kann. Grundsätzlich sind wir dagegen, dass wir so knapp Daten erhalten, wissen aber, dass dies von dritten Faktoren abhängig war, und haben lange diskutiert, wie wir mit diesem Antrag umgehen wollen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir schon vor längerer Zeit genügend Informationen und vor allem mit dem Zusatzbericht keine neuen oder richtungsweisenden Änderungen erhalten haben. Die paar Nachbesserungen haben uns weder schlauer gemacht noch sonst irgendwie unsere Gedanken zu diesem Geschäft verändert. Wir möchten es eigentlich behandeln. Es ist ein Geschäft, das wir „nur“ zur Kenntnis nehmen, auch wenn es für unsere Stadt bedeutungsvoll ist. Aber für uns machen weitere Verzögerungen nicht wirklich mehr Sinn. Ich glaube, ein Zitieren und Auslegen der Geschäftsordnung ist eine unnötige Ausweitung der Bürokratie, und ich meine, wir sind alle nicht dafür. Wir fällen die Entscheidung, ob wir dies jetzt diskutieren wollen, weder auf Druck von aussen, schon gar nicht von einer Holcim, noch auf Druck von innen, des Stadtrates, sondern wir denken, wir haben genügend Informationen, dass wir gerne in diesem Raum mitteilen möchten, was uns an diesen Geschäften gefällt oder nicht gefällt und werden dafür stimmen, dass wir heute Abend beide Traktanden 4 und 5 abschliessend behandeln.

Theo Schöni, Grüne Fraktion: Ich habe auch ein gewisses Verständnis für den Antrag der SVP. Leider hat man im 20-seitigen Expertenbericht auf wichtige Fragen, die der Stadtrat notabene auch auf unser Hinwirken an der letzten Sitzung an den Experten gerichtet hat, keine klaren Antworten erhalten. Wir haben die Ergänzungen des Experten studiert und gegenüber dem, was der Stadtrat bisher in seinem Bericht und Antrag aufgeführt hat, abgewogen. Wir kommen auch zum Schluss, dass es nicht richtig wäre, das Geschäft noch einmal auf die lange Bank zu schieben, auch wenn es an der nächsten Sitzung nicht unbedingt sehr lange ist. Aber ich befürchte, dass die Meinungsbildung auch seitens der SVP nicht wesentlich zunehmen wird, wenn sie noch einmal eine Auszeit ausbedingen würde. Deshalb werden wir der Traktandenliste so, wie sie vom Parlamentsbüro vorgelegt wird, zustimmen.

Christian Werner: Ich bin der Meinung, wenn es Einzelsprecher gibt, die sich gerne äussern würden, sollte man es ihnen nicht verwehren. Auch der Stadtrat soll sich äussern dürfen, wenn er dies möchte. Deshalb stelle ich gemäss Artikel 29 den Antrag, dass sich das Parlament anders entscheiden würde und nachher dementsprechend mehr als nur ein Sprecher pro Fraktion reden könnte.

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: In Artikel 29 steht klar, dass nur ein Sprecher pro Fraktion reden kann. Siehst Du etwas anderes?

Christian Werner: Es steht: „Wenn das Gemeindeparlament nicht anders beschliesst, so erhält zu einem Ordnungsantrag nicht mehr als ein Parlamentsmitglied für jede Fraktion das Wort“. Wenn wir anders beschliessen, ist es eben anders.

Beschluss

Mit 22 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag von Christian Werner abgelehnt.

Beschluss

Mit 30 : 13 Stimmen wird die Änderung der Traktandenliste abgelehnt. Traktandum 4 bleibt auf der Liste.

Zur Verschiebung von Traktandum 5

Stefan Nünlist, FDP-Fraktion: Wir haben eine Volksinitiative, die eigentlich genau den gleichen Gegenstand verlangt. Von daher macht es Sinn, dass die Volksmotion zusammen mit der Volksinitiative behandelt wird. Die FDP ist daher dafür, dass das Geschäft verschoben wird und die beiden Geschäfte Volksmotion und Volksinitiative gemeinsam behandelt werden.

Marcel Steffen: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat dies auch diskutiert. Beim gleichen Grund, den Du für eine Verschiebung erwähnt hast, fanden wir, es müsse nicht sein, und wir könnten das Geschäft auch heute behandeln. Wir werden grossmehrheitlich gegen die Verschiebung des Geschäfts sein.

Beschluss

Mit 21 : 21 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird die Änderung der Traktandenliste abgelehnt. Traktandum 5 bleibt auf der Liste.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 54

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 16. November 2009 gibt Brigitte Kissling (SP) ihren Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 19. November 2009 bekannt.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Brigitte Kissling (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Die Demission von Brigitte Kissling (SP) wird grossmehrheitlich genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Brigitte Kissling; Maienstrasse 1, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 55

Bebauungsgebiet Olten SüdWest, Qualitätssicherung/Kennntnisnahme

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

1. Neutrale Stellungnahme durch Experten

In seiner Vorlage zu Händen der Parlamentssitzung vom 17. September 2009 hatte der Stadtrat betont, er sei überzeugt, dass mit dem gemeinsam mit der Eigentümerin und dem Kanton erarbeiteten Gestaltungsplan ein sehr geeignetes Instrument zur Qualitätssicherung vorliege. Dennoch sei er bereit, den Gestaltungsplan vor der Unterzeichnung einer unabhängigen Fachperson zur Beurteilung vorzulegen und allenfalls eine Überarbeitung zu prüfen.

Diese neutrale Beurteilung durch eine unabhängige Fachperson hat in der Zwischenzeit stattgefunden. Bei der Fachperson handelt es sich um Prof. Carl Fingerhuth¹. Der Stadtrat hat ihm einen umfangreichen Fragenkatalog (Beilage 1) vorgelegt und im Fazit folgende Stellungnahme erhalten:

„Mit dem vorliegenden Gestaltungsplan Olten SüdWest sind hervorragende Grundlagen geschaffen, um ein städtebaulich und wirtschaftlich tragfähige sowie nachhaltige Umnutzung der ehemaligen Kiesgrube der AG Hunziker & Cie in ein neues Stadtquartier zu ermöglichen. Dies gilt für die vorgeschlagene räumliche Struktur in Bezug auf den Freiraum, die Bebauung und die Mobilität wie auch die Nachhaltigkeit. Entsprechendes gilt auch für die angestrebten Nutzungen und die Etappierung. ... Mir scheint, dass das vorgeschlagene Regelwerk in seinen Grundzügen hervorragend geeignet ist, günstige Voraussetzungen für ein neues Stadtquartier mit hoher gestalterischer, sozialer und ökonomischer Qualität zu schaffen. Die

¹ **Biografie Carl Fingerhuth:** Studium: bis 1960 (Diplom) Abteilung für Architektur der ETH Zürich. 1960/61 am Schweiz. Inst. für ägypt. Bau-Forsch. in Kairo tätig. 1961-63 Architekt in Zürich. 1963/64 Aufbau des kantonalen Planungsamtes beim Bau-Dep. des Kt. Wallis (im Auftrag der ETH Zürich). 1964-79 eig. Büro für Raumplanung und Städtebau in Zürich; Ausführung von Projekten zwischen Archit., Städtebau und Raumplanung in der Schweiz, in Frankreich, Nigeria, Österreich und Spanien. 1979-92 Kt.-Baumeister Basel-Stadt. Seit 1992 eig. Büro für Städtebau in Zürich; Realisierung von Aufträgen in der Schweiz, in Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Ungarn und China. Lehrtätigkeit: 1981 und 1986 Gast-Prof. an der State University of Virginia, Dep. of Archit., in Blacksburg/Va.; 1988 Univ. Basel; 1988-98 ETH Zürich, Inst. für Orts-, Regional- und Landesplanung; 1994 Gast-Prof. École d'Archit., Strasbourg, 1994-98 École d'Archit., Genf (Städtebau); 1995-2001 TU Darmstadt (Städtebau); seither ebd. Honorarprofessor. Mitgl.: 1994/95 Planungsbeirat in Bremen; Gest.-Beiräte von Feldkirch, 1995-2002 (jeweils Vors.), Salzburg, 1997-2001, Halle/Saale, seit 2001 (Vors.), Köln, seit 2002; Experten-Komm. Nat. Forsch.-Programm 25, Stadt und Verkehr; BSA (Bund Schweizer Architekten); BDA (Bund Dt. Architekten). Als Kantonsbaumeister von Basel beeinflusste Fingerhuth maßgeblich die Ausprägung eines zeitgemässen Stadtbildes und engagierte sich für die Durchsetzung unkonventioneller Lösungen. Verstärkt setzte er dabei (auch bei privaten Bauträgern) den Architekturwettbewerb als probates Instrument zur Erzielung optimaler Resultate ein. Seit 1992 vor allem Beratertätigkeit bei städtebaulichen Projekten und international gefragter Wettbewerbsjuror.

Umsetzung und die Qualitätssicherung kann und muss – mit Unterstützung der Gestaltungskommission – über die vorhandenen politischen Institutionen erfolgen. Die Sonderbauvorschriften können günstige Voraussetzungen schaffen, aber nicht in sich und alleine die Qualität sichern.“ (vgl. Beilage 2)

Als problematisch für die Qualitätssicherung bezeichnet Carl Fingerhuth lediglich die sehr hohen zulässigen Bruttogeschossflächen und die Verpflichtung auf 16 Meter Gebäudehöhe.

2. Folgerungen des Stadtrates

Hierzu gilt es aus Sicht des Stadtrates Folgendes festzuhalten:

- Bebauungsdichte / Bruttogeschossfläche / Ausnützungsziffer

Ziel des damaligen städtebaulichen Wettbewerbs und auch der darauf folgenden Überarbeitungsphasen ist und war eine optimale Grundlage zu schaffen für das Entstehen eines urbanen Stadtquartiers mit entsprechender Nutzungsvielfalt unter Einbezug des haushälterischen Umgangs mit dem zur Verfügung stehenden Boden. Dies bedingt die Möglichkeit einer relativ hohen Bebauungs- und Nutzungsdichte; selbstverständlich mit hohen Qualitätsansprüchen insbesondere hinsichtlich der Aussenräume (Freiraumgestaltung).

In Anbetracht der Grösse des Areals mit rund 200'000m² Bauland und der zu erwartenden Realisierungszeit von rund 15 bis 30 Jahren muss der Gestaltungsplan die notwendige Flexibilität aufweisen, um auf die Marktsituation sinnvoll reagieren zu können. Aus diesem Grund wurden nicht wie bei flächenmässig kleineren Gestaltungsplänen bereits einzelne Gebäude definiert, sondern Baufelder ausgedehnt.

Für die verschiedenen Baufelder sind entsprechend ihrer Lage und der zu erwartenden Nutzungen verschiedene maximal zulässige Bruttogeschossflächen bzw. Ausnützungsziffern festgelegt. Ob diese relativ hohen maximalen Bruttogeschossflächen im Rahmen von konkreten Bauvorhaben (Gestaltungspläne, Baugesuche) erreicht werden können, hängt einerseits von der Nutzung ab, andererseits von der nachzuweisenden städtebaulichen Qualität.

Konkrete Bauvorhaben dürfen nach Ansicht des Stadtrates nur dann bewilligt werden, wenn diese Qualitätsansprüche erfüllt sind (Sonderbauvorschriften, Bebauungsmatrix, Leitbild). Der Bauherr hat somit im Rahmen von konkreten Bauvorhaben nicht telquel Rechtsanspruch auf die im Gestaltungsplan festgelegten maximalen Bruttogeschossflächen. Dies hat er nur, wenn das vorgeschlagene Projekt die Qualitätsansprüche erfüllt. Ob die Qualitätsansprüche in genügendem Mass erfüllt sind, soll von der Baukommission bzw. der Gestaltungskommission beurteilt werden.

- Geschosszahl / Gebäudehöhe

In §11 der Sonderbauvorschriften wird Folgendes festgelegt: pro Baubereich wird im Gestaltungsplan eine Höhenquote (Nullebene) definiert. Von dieser Quote aus gilt eine maximale Gebäudehöhe von 16 Metern. Entlang der Gestaltungsbaulinien sind die strassenseitigen Fassaden bis Oberkante Dachkante oder Oberkante Brüstung, bezogen auf das Strassenniveau, durchgängig in einer Höhe von 16 Metern auszubilden.

Auf Grund der Ausführungen des Experten erachtet der Stadtrat die Pflicht, die strassenseitigen Fassaden entlang der Gestaltungsbaulinie zwingend in einer Höhe von 16 Metern auszubilden, als schwierig. Je nach Nutzung bedeutet dies nämlich, dass die Geschosszahl mit den entsprechenden Raumhöhen inkl. Konstruktion nur in Einklang mit den 16 Metern zu bringen ist, wenn die Geschosshöhen überhöht ausgebildet werden.

Was die vom Experten festgehaltene, vermeintliche Diskrepanz zwischen den Sonderbauvorschriften und der Präsentation im Gemeindeparlament vom 17. September 2009 betrifft, hält der Stadtrat fest, dass bei reinen Wohnnutzungen fünf Geschosse möglich sind. Bei gemischten Nutzungen hingegen (z.B. mit Läden im Erdgeschoss) im Bereich der Plätze, wie sie an der Visualisierung im Parlament im Bereich des Entreeplatzes aufgezeigt wurden, sind lediglich vier Geschosse möglich. Bei der Festlegung der innerhalb der maximalen Gebäudehöhe von 16 Metern möglichen

Geschosszahlen ist zudem zu beachten, dass angesichts der als begehbar und nutzbare Flächen auszugestaltenden Dachflächen für die Sicherheit Brüstungen von ca. 1 Meter Höhe notwendig sind, die ebenfalls zur Gebäudehöhe zählen.

Zu den weiteren, in den letzten Wochen von verschiedenen Seiten aufgeworfenen Diskussionspunkten hat der Stadtrat folgende Zielsetzungen formuliert:

- Etappierung

Die Etappierung ist nach Ansicht des Experten ausreichend definiert. Sie wird bezüglich der Nutzungen weitgehend vom Markt bestimmt. Grundsätzlich wäre es wünschenswert und ist es anzustreben, dass der Entreeplatz mit den umgebenden Überbauungen zusammen mit der Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee-Olten SüdWest möglichst frühzeitig realisiert wird.

In § 13 der Sonderbauvorschriften wird lediglich die Etappierung innerhalb des Baubereiches umschrieben. Die Etappierung des gesamten Gestaltungsplanes wird in den Sonderbauvorschriften aber nicht erwähnt. Sie wird hingegen im Erschliessungsprogramm klar festgehalten. Der Stadtrat ist im Sinne einer klaren Regelung der Ansicht, dass es zu § 13 der Sonderbauvorschriften eine Zusatzvereinbarung in folgendem Sinne braucht:

Für die Etappierung des Gestaltungsplanes ist das Erschliessungsprogramm verbindlich. In begründeten Fällen kann der Stadtrat Ausnahmen bewilligen, wenn eine solche dem Leitbild nicht widerspricht und die Entwicklung des gesamten Quartiers positiv beeinflusst. In solchen Fällen ist die Gestaltungskommission beizuziehen.

- Nutzungen

Das neue Stadtquartier Olten SüdWest soll im Interesse der Urbanität durch eine möglichst breite Nutzungsdurchmischung belebt werden: ein guter Nutzungsmix zwischen Wohnungen, Gewerbe und Dienstleistungsbetrieben, kulturellen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kindergärten und -horten. Dies kann aber mit dem Gestaltungsplan nicht per Dekret vorgeschrieben werden; auch in diesem Fall spielt der Markt. Der Prozess nach der Genehmigung des Gestaltungsplans – also während der Realisierungsphase – spielt jedoch eine wichtige Rolle und muss von fachkompetenten Personen und unter Einbezug der politischen Gremien und der Quartierbewohnerinnen und -bewohner begleitet werden.

Bei der Ansiedlung von Wohnungen im Erdgeschoss muss indessen das entsprechende Wohnumfeld (Aussenraum) im Interesse der Wohnqualität nachgewiesen werden. Aus diesem Grund ist es nach Ansicht des Stadtrates nicht möglich, Erdgeschosswohnungen im Bereich von Quartierplätzen und insbesondere im Bereich des Entreeplatzes realisieren zu können, da die entsprechende Wohnqualität nicht nachgewiesen werden kann. Zudem würde auch ein Konflikt zwischen Lärm und Ruhe entstehend. Letztlich dürften solche Erdgeschosswohnungen auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht realisiert werden können.

Nach Ansicht des Stadtrates ist daher eine Zusatzvereinbarung zu § 9 Abs. 7 der Sonderbauvorschriften in folgendem Sinne erforderlich:

In Gebäuden angrenzend an den Entreeplatz und den „Strip“ sind im Erdgeschoss keine Wohnungen zulässig.

- Energieversorgung:

Gemäss § 15 Abs. 2 der Sonderbauvorschriften muss der Minergie-Standard grundsätzlich eingehalten werden, wenn dies wirtschaftliche tragbar, nachhaltig, technisch möglich und städtebaulich gut verträglich ist. Fachleute sind überzeugt, dass insbesondere bei Wohnungen – nach dieser Formulierung – der Minergie-Standard einzuhalten ist, da seitens der Bauherrschaft kaum ein Nachweis erbracht werden kann, diesen zu umgehen. Sicherlich einer der bei vielen Investoren und Bauherren umstrittener Punkt ist die beim Minergie-Standard geforderte, so genannte mechanische

Lüftungsanlage. Der Stadtrat wünschte daher zu § 15 Abs. 2 der Sonderbauvorschriften eine Zusatzvereinbarung in folgendem Sinne:

Sämtliche Gebäude müssen den Minergie-Standard erfüllen. Wird auf eine mechanische Lüftungsanlage verzichtet, müssen mindestens die Primäranforderungen an die Gebäudehülle und der nach Minergie gewichtete Grenzwert der Energiekennzahl eingehalten werden. Der entsprechende Nachweis ist im Baugesuchsverfahren zu erbringen. Die zum Zeitpunkt der Baueingabe gültige Energiegesetzgebung des Kantons Solothurn ist einzuhalten.

- Gestaltungskommission

Eine sehr wesentliche Stellung im gesamten Prozess kommt der Gestaltungskommission zu, die vom Experten als „ausserordentlich sinnvolles Instrument“ bezeichnet wird. Hier folgt der Stadtrat der Empfehlung des Experten, dass die Gestaltungskommission sämtliche massgebenden Bauvorhaben (Hoch- und Tiefbau sowie Freiraumgestaltung) beurteilen soll. Zwar hat sich die Baukommission – in Kenntnis der ihr aus § 2 der Kantonalen Bauverordnung (KBV, BGS 711.61) grundsätzlich alleine zustehenden Kompetenzen für die Beurteilung von Bauvorhaben – selbst die Pflicht auferlegt, sämtliche massgebenden Bauprojekte im Plangebiet vorgängig durch die Gestaltungskommission vorprüfen zu lassen. Der Stadtrat erachtet eine zusätzliche Vereinbarung zwischen den Parteien in folgendem Sinne als erforderlich:

Die Gestaltungskommission OSW prüft sämtliche massgebenden Bauvorhaben im Gestaltungsplangebiet; sie orientiert sich insbesondere am Leitbild. Die Gestaltungskommission OSW kann zudem im Bedarfsfall und zur Prüfung von weiteren Bauvorhaben von der Grundeigentümerschaft oder der Baukommission der Stadt Olten einberufen werden.

3. Verhandlungsergebnisse mit Grundeigentümerin und Investor

In langen Verhandlungen mit der Grundeigentümerin und dem künftigen Investor am 9. Dezember 2009 konnte der Stadtrat bezüglich der gewünschten Änderungen wesentliche Ergebnisse erzielen. In einer separaten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die im Grundbuch angemerkt wird und damit auch auf Rechtsnachfolger oder Teil-Rechtsnachfolger zutrifft, haben sich die Beteiligten auf folgende Zusatzregelungen geeinigt:

a. Kenntnisnahme der ersten zwei Punkte, die in konkreten Baugesuchsverfahren berücksichtigt werden (Zitat aus Entwurf Vereinbarung)

„§ 7 der Sonderbauvorschriften legt pro Baufeld die maximal zulässigen Bruttogeschossflächen fest. Die Aktiengesellschaft Hunziker & Cie. und Leopold Bachmann nehmen die Auffassung des Stadtrates zur Kenntnis, wonach diese Maximalausnützungen aus wohngygienischen Gründen und unter Berücksichtigung der anzustrebenden hohen Wohnbauqualität unter Umständen nicht ausgeschöpft werden können, wenn in einem Baufeld ausschliesslich Wohnnutzung realisiert werden soll.

§ 11 Abs. 2 der Sonderbauvorschriften schreibt vor, dass entlang der Gestaltungsbaulinien die strassenseitigen Fassaden bis ok Dachkante oder ok Brüstung, bezogen auf das Strassenniveau, durchgängig in einer Höhe von 16 m auszubilden sind. Die Aktiengesellschaft Hunziker & Cie. und Leopold Bachmann sind sich bewusst, dass – abhängig von den konkreten Nutzungen der Geschosse und den dadurch bedingten Geschosshöhen – die Projektierung im Hinblick auf die Einhaltung dieser Vorschrift besonders anspruchsvoll sein kann. Vorbehalten bleiben geringfügige Abweichungen gemäss § 30 der Sonderbauvorschriften, sofern die dort aufgeführten Voraussetzungen zutreffen.“

b. Verpflichtungen (Zitat aus Entwurf Vereinbarung)

„§ 3 der Sonderbauvorschriften konstituiert die Gestaltungskommission OSW als beratendes und empfehlendes Gremium zu Handen der Baukommission für die Qualitätssicherung der Entwicklung im Gebiet Olten SüdWest; sie kann gemäss Abs. 5 von der Grundeigentümerschaft oder von der Baukommission einberufen werden; Abs. 6 sieht die zwingende Einberufung vor, wenn es um die Prüfung von Bauvorhaben geht, die massgeblich vom Gestaltungsplan (einschliesslich Sonderbauvorschriften) abweichen, wobei sie sich am Leitbild zu orientieren hat; gemäss Art. 7 setzt die Kommission das Mobilitätskonzept um, beurteilt jährlich die Mobilität und schlägt Massnahmen in einem Bericht an die Beteiligten vor. Darüber hinaus vereinbaren die Parteien, dass

- die Gestaltungskommission OSW sämtliche massgebenden Bauvorhaben im Gestaltungsplanperimeter prüft und sich dabei insbesondere am Leitbild orientiert,
- die Gestaltungskommission OSW zudem im Bedarfsfall zur Prüfung von weiteren Bauvorhaben von der Grundeigentümerschaft oder von der Baukommission einberufen werden kann,
- die Gestaltungskommission für beantragte Abweichungen der etappierten Überbauung vom Plan zum Erschliessungsprogramm vom 30. April 2009 beratend und empfehlend beigezogen wird.

Die Baukommission hat dieser Ausweitung der Beratungs- und Empfehlungskompetenz der Gestaltungskommission OSW mit Beschluss vom 23. November 2009 zugestimmt.

§ 9 Abs. 7 der Sonderbauvorschriften sieht vor, dass in den Erdgeschossen zum Entreeplatz, am Multifunktionsbereich des „Strips“ sowie an den Plätzen der einzelnen Baubereiche nach Möglichkeit publikumsorientierte Geschäfts- und Dienstleistungsnutzungen anzusiedeln sind. Darüber hinaus verpflichten sich die Aktiengesellschaft Hunziker & Cie. und Leopold Bachmann in den Erdgeschossen angrenzend an den Entreeplatz und an den Multifunktionsbereich (Ostseite) des „Strips“ zwingend keine Wohnnutzung zu realisieren.

§ 13 der Sonderbauvorschriften schreibt für die etappierte Überbauung des Baubereichs verschiedene Nachweise im Baugesuchsverfahren vor. Darüber hinaus verpflichten sich die Aktiengesellschaft Hunziker & Cie. und Leopold Bachmann, eine etappierte Überbauung auf den Plan zum Erschliessungsprogramm vom 30. April 2009 auszurichten. Der Stadtrat bewilligt in begründeten Fällen Ausnahmen, wenn solche dem Leitbild nicht widersprechen und die Entwicklung des gesamten Quartiers positiv beeinflussen, wobei er vorgängig die Gestaltungskommission OSW konsultiert.“

Keine Einigung konnte hingegen bis 14. Dezember 2009 im Energiebereich erzielt werden, wo die Aktiengesellschaft Hunziker & Cie. und Leopold Bachmann an der bestehenden Formulierung der Sonderbauvorschriften festhalten.

Das Stadtpräsidium hat zu diesem Thema Energieberater Christian Amoser beigezogen, der folgende Aussage machte:

„Mit der Musterverordnung 2008 (MuKE 2008) haben die Kantone eine Vorgabe für die kantonalen Energie-Verordnungen gemacht, welche beinahe dem bisherigen Minergie-Standard (1998-2008) entsprach. Der Minergie-Standard wurde deshalb Anfang 2009 etwas verschärft. Die Kantone haben die Hoheit, wie sie die MuKE umsetzen. Der Kanton Solothurn beabsichtigt die MuKE 2008 weitgehendst zu übernehmen und hat die Umsetzung auf 1. Juli 2010 terminiert.“

Die vom Stadtrat vorgeschlagene Änderung von § 15 Abs. 2 der Sonderbauvorschriften entspricht der Formulierung, wie sie bei späteren Sonderbauvorschriften gewählt wurde. Grundsätzlich ändert nichts an der vorgegebenen energetischen Qualität der Gebäude. Die Formulierung ermöglicht der Bauherrschaft aber, auf eine Lüftungsanlage zu verzichten. Sie muss jedoch die durch die Fensterlüftung zusätzlich verlorene Energie z.B. durch eine erhöhte Dämmstärke kompensieren. Dieses Verfahren kann nicht durch Minergie geprüft und zertifiziert werden. Da die Oltner Energieberatung auch technische Minergie-Prüfstelle der Kantone Solothurn und Basel-Stadt ist, sollte das Wissen durchaus vorhanden sein.

Auch der § 15 Abs. 1 der Sonderbauvorschriften bedeutet indessen, dass grundsätzlich die Dämmqualität auf dem Niveau von Minergie gewählt werden muss. Beim Absatz 2 sind 3 Möglichkeiten vorhanden.

A) Die Gebäude werden (freiwillig) nach Minergie geplant und zertifiziert.

B) Falls die Wirtschaftlichkeit zugegebenermassen nicht gegeben ist, müssen die kantonalen Vorschriften eingehalten werden. Unter Berücksichtigung des Abs. 1 bedeutet dies nur eine sehr kleine Reduktion der Anforderungen gegenüber dem Minergie-Standard.

C) Der Eigentümer erbringt den Nachweis, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, bei der Prüfung durch die Behörde wird dies aber widerlegt. Der Minergie-Standard wird verordnet. Bei gut geplanten Neubauten verursacht der Minergie-Standard nur geringe Mehrkosten (um 5%). Da wegen dem Abs. 1 bereits die Dämmstärken auf dem Niveau von Minergie liegen, sind die Mehrkosten entsprechend geringer.

Ein Beweisverfahren über die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Vorgabe des bestehenden Art. 2 ist vermutlich für beide Seiten schwierig. Aus meiner Sicht wäre das vom Stadtrat vorgeschlagene Verfahren für den Bauherrn flexibler gewesen bei gleichwertiger energetischer Qualität.“

Der Stadtrat von Olten hat an seiner Sitzung vom 14. Dezember 2009 der Form der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die im Grundbuch angemerkt wird, und den übrigen zitierten Inhalten, welche aus seiner Sicht wesentliche Verbesserungen im Bereich Qualitätssicherung darstellen, zugestimmt.

Aus diesem Grund stellt er zusätzlich zum Antrag auf Kenntnisnahme von den Ausführungen in der bereits bestehenden Vorlage betreffend Qualitätssicherung im Bebauungsgebiet Olten SüdWest und auf Abschreibung der Motion Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Olten SüdWest den Zusatzantrag, auch die als Postulat überwiesene dringliche Motion der SP Olten betreffend Überarbeitung des Gestaltungsplanes Olten SüdWest mit dazugehörenden Sonderbauvorschriften als erfüllt abzuschreiben:

Änderung Beschlussesantrag:

3 (neu): Das Postulat der SP Olten betreffend Überarbeitung des Gestaltungsplanes Olten SüdWest mit dazugehörenden Sonderbauvorschriften wird abgeschrieben.

4 (bisher 3) Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Beschluss

Grossmehrheitlich wird Eintreten beschlossen.

Theo Schöni, Grüne Fraktion: Nachdem das Geschäft bei uns wie auch bei der Oltner Bevölkerung einige Wogen und Emotionen ausgelöst hat, sind wir der Meinung, dass gestützt auf die zusätzlichen ausgehandelten Ergebnisse zwischen dem Stadtrat und den

Grundeigentümern bzw. der Bauherrschaft die Voraussetzungen gegeben sind, den Gestaltungsplan zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben bereits bei der ersten Beratung im Gemeindeparlament konkrete Forderungen gestellt, in welche Richtung wir Verbesserungen und Konkretisierungen der Sonderbauvorschriften erwarten. Diese Fragen sind vom Stadtrat aufgenommen und dem beigezogenen Experten unterbreitet worden. Die zweiseitige Stellungnahme von Herrn Professor Carl Fingerhuth erläutert einige der gestellten Fragen, beinhaltet aber auch einige kritische Äusserungen, insbesondere was die Gebäudehöhe anbelangt, die zulässige maximale Bruttogeschossfläche. Bezüglich Energiefrage gibt der Experte zu unserem Missfallen keine Antworten. Immerhin haben wir zu dieser Frage vom Energieexperten der Stadt, Christian Amoser, klare und kompetente Antworten erhalten. Olten trägt das Label „Energistadt“. Das Leitbild der Stadt Olten postuliert ebenfalls im Handlungsumfeld Siedlung Landschaftsziele. „Im Zentrum der raumplanerischen Massnahmen stehen in der Energistadt Olten ein haushälterischer verdichteter Umgang mit der knappen Ressource Boden und die Sicherung der Erholungsfunktionen von Natur und Landschaft für die Zukunft“. Bezüglich dieser Anforderungen und der Energiefrage besteht aus unserer Sicht kein Verhandlungsspielraum. Es sind keine überzogenen Forderungen, die finanzielle Konsequenzen zur Folge hätten und welche die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen würden. Es geht schlicht und einfach darum, die von der Stadt gesteckten Ziele konsequent umzusetzen. Die Initialen L.B. stehen nicht etwa für ein Label wie Minergie, höchstens für low budget, was sicherlich unter Einhaltung der geforderten Qualität auch gefragt ist, aber nicht als herausragende Errungenschaft oder als Leuchtturm für Olten wahr genommen wird. Mit Ausnahme der Bestimmungen zur Energiefrage erachten wir die Sonderbauvorschriften sowie die zusätzlichen Vereinbarungen, die jetzt haben getroffen werden können und im Grundbuch ergänzend aufgenommen werden sollen, als gute Voraussetzungen für diese Stadt wie für die Bauherrschaft, das Gelände für die Realisierung von konkreten Bauvorhaben frei zu geben. Ganz entscheidend ist für uns die Besetzung der Gestaltungskommission, die als unabhängiges Fachgremium mit einer hohen Qualität die konkreten Planungen und Projektierungen mitbegleiten soll. Fachkompetenz verlangen wir insbesondere in den Bereichen Städtebau und Energiefragen durch den Beizug von ausgewiesenen Experten. Die Erschliessung und Etappierung, die unseres Erachtens auch nicht ganz zufriedenstellend aus dem Expertenbericht hervor gegangen sind, sind ebenfalls zentrale Punkte. Wir haben die konkrete Erwartung, dass sich ausgehend von der heutigen Stadtgrenze der neue Stadtteil durch die Verbindung Hammerallee Olten SüdWest über das Entrée zu den angrenzenden Baufeldern weiter entwickeln wird. Auch hier erwarten wir, dass die eingesetzte Gestaltungskommission ihrer Verantwortung nachkommt und allfällige Fehlentwicklungen korrigieren wird. Das Thema Erschliessung ist im Vorfeld mitunter auch von Stefan Nünlist aufgeworfen worden, der sagt, man habe mit Kosten zu rechnen, die nicht bezifferbar sind. Hier möchte ich einfach darauf hinweisen, dass wir im Finanz- und Investitionsplan 2010 – 2016 unter anderem für die Verbindung Hammerallee Olten SüdWest 11 Millionen Franken reserviert haben mit Realisierungszeitpunkt 2013/14. Ebenso haben wir für die Erschliessung des Gebiets selbst einen Betrag von insgesamt 4,14 Millionen Franken gutgeheissen, und durch die Rückzahlungen durch die Eigentümer belastet dies die Stadt Olten nachher insgesamt mit 1,74 Millionen. Die Zahlen, mit denen die Stadt konfrontiert wird, liegen auf dem Tisch. Beim Thema Erschliessung – hier möchte ich eine kleine Klammer öffnen – kommen wir nicht umhin, einmal mehr die Forderung zu erheben, dass die Besiedlung und Vermarktung von Olten SüdWest nur ein Erfolg werden kann, wenn es gelingt, den Bahnhof Hammer aufzuwerten und die Anbindung an das Schienennetz herzustellen. In diesem Sinne wünschen wir der Realisierung und Weiterentwicklung unseres neuen Stadtteils eine erfolgreiche Zukunft. Liebe Ratskolleginnen und –kollegen, stimmen Sie mit uns der Kenntnisnahme zu.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Besten Dank für die Zustellung der weiteren Unterlagen, im Speziellen der Kommentar von Professor Carl Fingerhuth. Vorweg: Wir alle hier sind mit unseren Mutmassungen richtig gelegen und werden heute darin bestätigt, dass der Gestaltungsplan und die Sonderbauvorschriften ungenügend waren und eindeutig Nachbesserungspotenzial haben, ohne dass der Investor gleich weit weg rennt. Er ist immer noch da und offenbar auch immer noch einverstanden. Eindeutig habe die bisherige Fassung, die relevanten Dokumente Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplan, immer

noch Tür und Tor offen gelassen für unzulängliche Entwicklungen oder, um Herrn Fingerhuth zu zitieren für eine sehr unbefriedigende Situation. Ich bin sehr froh, dass mindestens fast alle hier beharrlich geblieben sind und sich von diesen schrecklichen Begriffen wie Überregulierung und Bauverzögerung haben abschrecken lassen. Wir können uns heute leider nur ganz kurz selber auf die Schultern klopfen. Was ist seit der Unterbrechung dieses Geschäfts passiert? Hat unser Stadtrat das ganze Potenzial des Verhandlungsspielraums ausgenutzt? Erkennbar sind der Wille und die Absicht der Verschärfung. Das ist zu lesen. Wenn wir aber in die Details gehen, kommen schon wieder Fragen auf. Einige bleiben unbeantwortet. Wirklich erkennbar ist vor allem die veränderte Aufgabe der Gestaltungskommission, die neu – so kann man es mindestens aus dem Antrag heraus interpretieren – künftig jedes massgebende Bauvorhaben beurteilen soll. Doch was ist massgebend? Eine falsch platzierte Trafostation ist leider auch massgebend, wenn sie falsch platziert ist. Schon wieder ein Gummibegriff, schon wieder etwas, das sehr viel Spielraum zulässt. Wir haben eindeutig mehr erwartet. Auch wenn der Stadtrat mit sehr hohem Zeitdruck und mit der sich selbst auferlegten Absicht, eine zweite Auflage mit allen Mitteln zu verhindern, hat arbeiten müssen, fehlen uns die Mittel für ein zukunftsorientiertes Quartier. Massnahmen, die unter Umständen vielleicht von der Stadt initiiert werden müssen, wie ein Quartierbüro, das einer Gestaltungskommission aus den ersten Bebauungsstrukturen wertvolles Wissen weiter geben könnte, woraus Entscheide gefällt werden können. Was erwarten wir jetzt eigentlich vom Stadtrat? Ein Geschäft, das er uns eigentlich gar nicht hätte vorlegen müssen, was er nur unter dem grossen Druck der Öffentlichkeit gemacht hat. Was müssen wir damit machen? Seien wir ehrlich: Diesen Zug sehen wir nur noch von hinten. Er ist nämlich schon vor Jahren abgefahren. Die Basis dieser Planung ist oberflächlich hervorragend. Ich finde es unglaublich, wie oft im Antrag hervorragend steht. Es ist inzwischen etwas strapaziert. Sie lässt aber in der Umsetzung absolut unzulängliche Projektierungen zu. Wir wissen alle, dass dies nicht so sein muss. Aber man muss dies bei einem Investor mit einer zugegebenermassen etwas monochromen Vorstellung von Wohnungsbau halt befürchten und genau darauf haben wir ja hingewiesen, dass die Türe, die zum Keller führt, unbedingt verschlossen werden sollte. Diejenige, die geradeaus oder nach oben geht, sollte offen gelassen werden. Es scheint mir, dass alle etwas von der höheren Vision, wie wir sie letztes Mal von Michael Koch gehört haben, geblendet wurden. Wir auch. Eventuell bläst schon ein ungueter Geist um die Häuserecken, die gar noch nicht stehen. Wir haben es schon früher erwähnt. Auch diesmal haben wir die Sonderbauvorschriften nicht noch einmal vertieft gelesen. Das ist eindeutig auch nicht unsere Aufgabe. Dennoch vermissen wir Eckwerte zu Gunsten unserer Stadt, nämlich solche wie Abtretungs- oder Finanzierungspflichten für einen Investor. Das ist nicht eine Neuerfindung von Olten, sondern absolut üblich. Ich habe mindestens nirgends gelesen, wer die vielen öffentlichen Plätze bezahlt. Am Schluss stellt sich die Frage, ob wir vielleicht alle geschlafen haben. Ich glaube nein. Das ist einfach nicht unser Job. Wir haben Fachgremien, welche dies beurteilen müssen. Vor allem haben wir Fachleute, namentlich in der Baudirektion, die solche Vorarbeiten leisten müssen. Gäbe es übrigens keinen Investor Bachmann respektive die Volksmotion, wäre dieser Gestaltungsplan ohnehin schon lange durchgewunken worden wie alle die vielen Gestaltungspläne in Olten auch. Nun, wir geben die Geschichte dieses Quartiers an den Stadtrat zurück. Es ist abschliessend sein Job, und er ist verantwortlich für das, was jetzt passiert. Wir hoffen aber, dass er die Mittel, die er hat, ausnützt, und wir hoffen, dass die Gestaltungskommission das absolute Maximum aus den Planungen heraus holt und ihre Anträge der städtischen Baukommission stellt und ihnen auch gefolgt wird. Die Gestaltungskommission wird das wichtigste Gremium sein. Umso mehr ist es wichtig, dass sie mit externen Fachleuten besetzt wird. Sie müssen einen Überhang haben gegenüber den städtischen oder kommunalen Leuten, fast etwas wie bei einem Wettbewerb, der über mehrere Jahre geht. Noch kurz zur Holcim: Seltsames Gebaren, etwas Sandkastenspiele von Geschäftsleuten. Mich hat der Bericht jetzt sehr erstaunt und auch sehr gestossen. Er ist nicht wirklich vertrauensbildend. Ich darf daran erinnern, dass die Holcim selber die erste Fassung des Gestaltungsplanes vor drei Jahren über Nacht zurück gezogen hat, weil sie noch Potenzial entdeckt hatte, selbstverständlich Renditepotenzial, nicht städtisches Potenzial. In der Sache der Kenntnisnahme haben wir in unserer Fraktion lange diskutiert. Wir haben diese Woche noch eine Extrasitzung durchgeführt. Einige werden den Beschlussesantrag zur Kenntnis nehmen, einige werden sich als Zeichen der grundsätzlichen Ablehnung des mageren Resultats von teuer und

mehrfähriger Planung enthalten. Das ist ja die kleinste Form von Protest, die wir heute einlegen dürfen. Sonst haben wir nicht sonderlich viel zu sagen. Erlauben Sie, dass ich noch kurz zum Postulat rede. Die Abschreibung der Motion, die ja ein Postulat geworden ist, macht materiell Sinn, weil das Postulat keinen Einfluss auf die Einsetzung oder die Veränderung in den Sonderbauvorschriften mehr hat. Es fehlen uns aber weiterhin gesellschaftliche Aneignungsmodelle oder eben das vorher schon erwähnte Quartierbüro, das von der Stadt initiiert werden muss und allenfalls von Anfang an bereit stehen könnte. Die verbindliche Zusage des Stadtrates fehlt uns, dass er solche Massnahmen vorhat. Auch hier werden einige von uns für die Abschreibung sein, andere werden aufgrund von fehlender Zusicherung seitens des Stadtrates, weitere Instrumente einzusetzen, gegen diese Abstimmung sein.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Der neue Stadtteil Olten SüdWest verdient es, dass wir gewählten Volksvertreter alle frühzeitig darüber wachen, dass es aus diesem riesigen Gebiet tatsächlich einmal eine Perle im Mittelland gibt. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun und aus vergangenen Fehlern lernen, damit die Investoren eine saubere nachvollziehbare und durchführbare Grundlage erhalten, um das Gebiet seiner Bestimmung zuzuführen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dies nun geschehen ist. Wir vertreten die Auffassung, dass es richtig war, den Gestaltungsplan durch eine unabhängige und nachgewiesen kompetente Fachperson zu beurteilen und mit der Schaffung einer sogenannten Gestaltungskommission sowohl der Verwaltung wie dem Stadtrat auch als dem Investor und nicht zuletzt der Baukommission Fachpersonen zur Verfügung zu stellen, welche die komplizierten Regelwerke kennen und so empfehlend über die Einhaltung befinden. Es ist richtig, dass sich der Stadtrat noch einmal mit den Eigentümern und dem Investor beraten hat und Nachbesserungen durchsetzen konnte. Uns hat das Vorgehen des Stadtrates in Bezug auf die Verhandlungsergebnisse schliesslich überzeugt. Die Fronten sind klar. Sowohl der Eigentümer als auch der Investor wissen, was auf sie zukommt. Sie wissen, dass alles, was in Olten SüdWest passiert, mit Argusaugen beobachtet wird und letztlich eine grosse Verantwortung in ihren Händen liegt. Auf der anderen Seite hat der Stadtrat mit dem Gestaltungsplan eine sehr gute Grundlage geschaffen, die es ermöglicht, frühzeitig einzugreifen, wenn etwas doch nicht wie versprochen geplant würde. Noch kurz zum Punkt, wo keine Einigung stattfinden konnte: Für uns ist klar, dass die solothurnischen Sonderbauvorschriften in Bezug auf den Energiebereich ausreichend sind. Sogar der Energieberater, den Ihr hier zitiert, spricht von gleichwertiger Qualität wie die vom Stadtrat beantragte Änderung. Somit ist es für uns wenigstens als Teilerfolg zu werten, gerade weil der Stadtrat die Möglichkeit hätte, den Minergiestandard schliesslich doch noch verordnen zu können. Somit sind für uns wirklich alle momentanen Bedenken ausgeräumt, es gebe dort unten irgendwie ein Ghetto. Wir freuen uns nun, dass es endlich los gehen kann, und sind gespannt, aus welcher politischen Ecke vielleicht doch noch Knebel in den Weg gelegt werden. Jedenfalls danken wir allen beteiligten Personen für ihre grosse Arbeit und Kompromissbereitschaft. Zu den Beschlussesanträgen: Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht und Antrag des Stadtrates zur Kenntnis. Ebenfalls stimmen wir den Beschlussesanträgen 1 und 2 sowie dem neuen Punkt 3 als auch 4 (bisher 3) einstimmig zu.

Patrick Kissling: Die Fraktionsmeinung der CVP/EVP/GLP entspricht mehrheitlich derjenigen, die Theo Schöni und Daniel Schneider geschildert haben. Wir haben den Gestaltungsplan noch einmal eingehend diskutiert und werden ihn grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. Er ist in einem langen Prozess entstanden. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich vor sieben Jahren auch an einem ersten Wettbewerbsbeitrag mitgearbeitet. Wir haben das Gefühl, in diesem langen Prozess, an dem alle Institutionen beteiligt waren, Stadt, Kanton, Grundeigentümer und sehr viele Fachkräfte, ist ein gutes Instrument entstanden, um die Qualität im Gebiet Olten SüdWest sichern zu können. Vor allem durch die Nachbesserung in diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag oder dieser Vereinbarung sind noch die wesentlichsten Schwachstellen ausgemerzt worden.

Stefan Nünlist: Zur Grünen Fraktion betreffend Bezifferung der Investitionskosten: Es stimmt, dass wir im Investitionsplan Kosten von 11 Millionen plus 4,x Millionen haben. Das macht rund 15 Millionen. Es ist nicht ganz vollständig. Sehr wahrscheinlich werden noch Schulhausbaukosten, Kindergärten und was es alles gibt, kommen. Ich als Stadtrat, der mit

dem Geld vor das Volk muss, würde ehrlich gesagt nicht einen Gestaltungsplan unterschreiben, weil ich einfach nicht den Fiduz hätte, dieses Risiko einzugehen. Die meisten Stimmbürger, mit denen ich rede, würden die entsprechenden Investitionsbegehren ablehnen. Was dann mit diesem Gestaltungsplan passiert, weiss ich nicht. Wir sprechen hier von sehr hohen Folgekosten für die Stadt. Das ist nur ein Thema. Das zweite beschäftigt mich etwas mehr. Mich erinnert die ganze Debatte etwas an das Dürrenmatt'sche Stück „Besuch der alten Dame“. Dort geht es ja um die Angst, die eine Stadt hat. Die Debatte um Olten SüdWest wird mit wenig Gelassenheit, aber mit sehr viel Druck und Angst geführt. Wenn ich das Communiqué der Holcim gelesen habe, ist das Angst. Die Holcim hat Angst, ihren Investor zu verlieren, weil sie verkaufen wollen und er nur zahlt, wenn der Gestaltungsplan in Rechtskraft tritt. Herr Bachmann als einer der möglichen Investoren – es gibt ja mehrere – hat Angst vor einer weiteren Verschärfung der Gestaltungsvorschriften und wehrt sich mit Händen und Füssen. Der Stadtrat hat Angst vor dem Volk und dem Gemeindeparlament auf der einen Seite. Auf der anderen Seite hat er Angst vor den Investoren, die ihn unter Druck setzen und mit irgendwelchen rechtlichen Konsequenzen drohen. Die Bevölkerung hat Angst vor dem Investor Bachmann. Hier sieht man ein Unbehagen aufgrund der Reputation von Herrn Bachmann. Die Baufachleute haben Angst – auch in unserer Fraktion – dass die Gestaltungskommission ein Unding ist, dass man künftig bei jedem neuen Bau in der Stadt Olten eine Gestaltungskommission bilden müsste. Das höre ich. Dann gibt es andere Fraktionskollegen, die Angst haben, Olten werde zum Investorenschreck. Es traue sich niemand mehr, in Olten zu investieren. Wir würden eine sehr schlechte Reputation erhalten. Ich habe das Gefühl, selbst das Oltner Tagblatt ist in seiner Berichterstattung etwas von Angst geprägt. Es traut sich gewisse Fragen nicht zu stellen, welche die Holcim aufgeworfen hat. Die Frage ist, ob dies richtig ist. Lassen wir uns von Angst leiten oder müssen wir nicht mit einer gewissen Gelassenheit den Fragen, die einfach noch nicht geklärt sind, wirklich auf den Grund gehen und uns nicht unter Druck setzen lassen? Ich weiss, dass die Kompetenz für den Gestaltungsplan beim Stadtrat liegt. Von daher ist es ein Wunsch in Gottes Ohr. Als Parlamentarier kann ich eigentlich nur „nicht Kenntnis“ nehmen von diesem Geschäft, was aber etwas doof ist.

Daniel Dähler: Ich möchte mich noch zum Energiethema melden. Ich bin doch erstaunt, dass eine grüne Seite und inzwischen auch die CVP, die in diesen Themen auch recht grün geworden ist, die MukEn, die rund 6 Liter Ölequivalenz im Kontext zu den 3,8 Litern hat, welche die Minergie in diesem Sinne mitbringt, als gleichwertig abtut, wenn es ein Energieberater der Stadt sagt. Von daher bin ich etwas enttäuscht. Ich hatte gedacht, Ihr könntest dieses Thema auch aufnehmen, muss aber auch sagen, dass die ganze Thematik die Kommission früher oder später wieder einholen wird. Von der ZKB gibt es eine Studie zum Minergiestandard, der die Wirtschaftlichkeit dementsprechend postuliert und somit die Thematik und vielleicht auch die Diskussion heute Abend um den Minergiestandard etwas müssig machen. Es geht eigentlich nur noch darum, ob man eine kontrollierte Wohnungslüftung will oder ob man einfach grundsätzlich dagegen ist. Ich denke, im äusseren Gürtel der Überbauung wird es unweigerlich so sein, weil die Lärmimmissionen ringsherum viel zu gross sein werden, so dass natürliche Lüftung eigentlich nur über eine kontrollierte Wohnungslüftung stattfinden kann, was wesentliche Vorteile und zusätzlichen Komfort mit sich bringt. Somit denke ich, dass die letzte Chance zum Minergiestandard die Kommission sein wird. Ob wir dann die Perle Mittelland haben werden? Es wäre schön. Schön wäre gewesen, wenn wir im Mittelland oder sogar national einen Leuchtturm gehabt hätten. Ich glaube, hier hätte es auch viele Ansätze gegeben. Diese Chance ist etwas abgefahren. Jetzt haben wir es auf den Goodwill des Investors abgesehen, dass er sich als Letztes vielleicht wirklich ein Zeichen im Baulichen setzt und somit auch einen Leuchtturm nach Olten bringen kann.

Felix Wettstein: Ich möchte gerne auf die Ausführungen von Daniel Dähler eingehen und lege Wert darauf, dass wir bemängelt haben, dass tatsächlich nicht darauf insistiert wurde, zur Energiefrage auch von einem externen Fachexperten eine Antwort zu erhalten. Ich hoffe, dass wir richtig verstanden wurden. Für uns ist die Antwort von Herrn Fingerhuth insgesamt enttäuschend, weil er auf verschiedenste Fragen, die klar als Einzelfragen ausgewiesen worden waren, keine Antwort gegeben hat, unter anderem auf die für uns sehr zentrale, die gerade angesprochen worden ist. Wir sehen, dass das Ganze unter einem engen Zeitfenster

behandelt werden musste. Trotzdem ist die Antwort etwas vor Mitte November von Herrn Fingerhuth abgeschickt worden. Es ist nur ein zweiseitiges Papier. Angesichts einer solchen Tragweite hat er sich die Arbeit auch relativ einfach gemacht und insbesondere zu sehr vielen Fragen nicht geantwortet. Meiner Meinung nach hätte der Stadtrat auch noch rechtzeitig vor dem 4. Dezember Gelegenheit gehabt, zurück zu melden, dass er auch Antworten auf die weiteren Fragen erwarte. Möglicherweise hätte man den Schluss daraus ziehen müssen, dass man die Antwort nicht von Herrn Fingerhuth bekommt. Dann hätte man aber sagen müssen: Wir sind noch nicht zufrieden mit dieser Runde, die wir jetzt zusätzlich eingeschaltet haben, nämlich Expertinnen- und Expertenmeinungen dazu einzuholen. Es ist mir ganz wichtig, dass man dies auch in den richtigen Relationen sieht. Wir sind froh über Deine Kompetenz bezüglich Unterschiede der Werte: Was ist städtische Vorschrift, und was wäre Minenergie? So oder so: Man kann entweder die Haltung vertreten, dass die Norm erfüllt wird oder man vertritt eine andere Haltung, dass man ein Vorbild sein möchte. Hier haben wir auch innerhalb unserer Fraktion zweifellos etwas unterschiedliche Schattierungen. Ich gehöre ganz klar zu denen, die sagen: Man hätte die Chance immer noch, dass es ein Quartier wäre, das wirklich Leuchtturmcharakter hätte. Wir haben die Chance als ganze Region, und es gibt Vorarbeit dazu, als Region Aareland eine Modellregion der 2000-Watt-Gesellschaft zu werden. Ihre Promotorin, die Novatlantis, hätte grosses Interesse, dass unsere Region Aareland dies würde. Der Weg zu einem solchen Ziel liegt genau darin, dass es einzelne solche Vorzeigeobjekte geben würde, die eben nicht einfach nur die Normen erfüllen, sondern den Ehrgeiz haben, weit darüber hinaus zu gehen. Innerhalb von Aareland ist Olten die treibende Kraft in diese Richtung, und das müssten wir jetzt auch aufrecht erhalten können.

Anna Engeler: Es sind jetzt viele kritische Punkte angesprochen worden, wo man noch nicht ganz zufrieden ist mit dem, was heraus gekommen ist. Ich möchte einfach betonen: Wenn das Parlament heute Abend den Gestaltungsplan so zur Kenntnis nimmt, ist es nicht einfach ein Freipass für den Stadtrat, zu machen was er will, sondern es ist wirklich auch ein Auftrag und eine Erwartung damit verbunden, dass der Stadtrat ganz fest den Finger darauf hat und man bei allen Punkten, wo man als Stadt noch Gestaltungsmöglichkeiten hat, diese wahrnimmt und im positivsten Sinn für die Stadt ausnützen kann und auch darum kämpft. Ich denke, es ist wichtig, dass dies so aufgefasst wird und nicht einfach: Man nimmt den Gestaltungsplan zur Kenntnis und dann kann der Investor damit machen, was er will.

Stephan Hodonou: Ich glaube, wir haben gemerkt, dass eigentlich kein Gestaltungsplan dieser Welt verhindern kann, dass eine Monokultur gebaut werden kann. Auch der Expertenbericht von Herrn Fingerhuth hat gezeigt, dass noch Lücken bestehen, neben den Punkten, die er nicht direkt beantwortet hat. Mir ist noch aufgefallen, dass eigentlich vieles von der Gestaltungskommission abhängt. Welche Personen nehmen dort Einsitz und so weiter und so fort? Sie muss eigentlich die Arbeit sehr gut machen. Das ist auch etwas die Achillesferse. Was ist, wenn das Scheinwerferlicht, das auf dem Ganzen ist, einmal ausgeht? Es ist ein mehrjähriges Projekt. Es sind ja nicht Leute, die vollamtlich dort arbeiten, sondern sie machen es vielleicht nebenamtlich, ehrenamtlich, am Abend oder am Wochenende. Es ist ja komplex und könnte unter Umständen ein langjähriger zermürbender Prozess werden. Das muss nicht, aber kann sein. Wenn dann vielleicht jemand geht, was ist dann? Dann kommt der nächste. Ich denke, dort müsste man gut schauen, und ich habe noch nicht gespürt, dass dies aufgegleist oder gewährleistet ist. Wir müssen einfach vertrauen. Wenn ich bezüglich Kommissionarbeit in die Vergangenheit schaue, ist es unterschiedlich. Wir haben ja keine Erfahrung mit einer solchen Superkommission, welche diese Arbeit machen soll. Zweitens erscheint mir im Ganzen etwas ungut, dass etwas ein Druck vorhanden ist. Man möchte gerne eine Kenntnisnahme durch das Parlament, obwohl es eigentlich gar nicht so wichtig ist. Wir haben gar keine Kompetenz. Aber man möchte eine. Es eilt so, dass dies jetzt gemacht werden muss. Es löst sogar etwas druckaufbauende Medienmitteilungen aus, die mich auch ein wenig vorsichtig werden lassen. Wenn ich etwas gelernt habe, dann ist es, dass man sich nicht unter Zeitdruck für etwas entscheiden und es einfach durchwinken sollte. Das kommt meistens nicht so gut. Eine grosse Erfahrung habe ich auch unter Zeitdruck gemacht. Es ist noch nicht sehr lange her und um den Businessplan für die Sportpark AG gegangen. Es wurde gesagt: „Man muss jetzt... und das ist... und sonst...“ Man hatte auch nicht so ein gutes Gefühl. Es ist dann knapp durchgegangen und

hat dann nicht „verhebt“. Was ist dann nachher? Ich möchte einfach vor allem meinen Parlamentskolleginnen und –kollegen sagen, dass diese Kenntnisnahme eben doch etwas ein Freipass ist, weil es dann am Schluss heisst: Ihr habt dies ja zur Kenntnis genommen. Wenn wir ein Signal geben wollen, könnte man eben auch sagen: Eine Nichtkenntnisnahme ist ein klarer Fingerzeig, dass wir eben nicht wollen, dass es nur so einschläft. Ich denke, im Milizsystem werden wir die Kapazität und Zeit nachher nicht haben, der Gestaltungskommission im Einzelnen nachzugehen. Dort muss Aufmerksamkeit bleiben.

Andreas Schibli: Wir haben jetzt viel von der Gestaltungskommission gehört. Das ist ein wichtiges und auch richtiges Instrument. Aber ich möchte noch einmal festhalten, dass die Gestaltungskommission ein beratendes Gremium ist. Es ist ganz klar, dass es mit den Leuten, die in der Gestaltungskommission sind, steht und fällt. Die grösste Verantwortung im ganzen Projekt hat ganz sicher die Baukommission. Sie wird dort ebenfalls in die Verantwortung genommen. Es ist nachher auch wichtig, wie ernst die Baukommission die Gestaltungskommission nimmt.

Urs Knapp: Ich habe noch eine Frage an den Stadtrat. Wie ist das weitere Vorgehen, wenn das Gemeindeparlament der Kenntnisnahme zustimmt, was wahrscheinlich der Fall sein wird?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Zuerst möchte ich mich in Namen des Stadtrates herzlich bedanken, dass das Geschäft heute behandelt werden kann mit aller Argumentation, die man dafür und dagegen haben kann. Es ist uns sehr wichtig, dass wir die Diskussion hier haben miterleben und jetzt auch eine Rückmeldung zu diesem Thema machen dürfen. Für die einzelnen Rückmeldungen, die unterschiedlich kritisch, aber auch realistisch waren, möchte ich herzlich danken. Angefangen – dies nicht als Qualifikation der Rückmeldungen – sondern wirklich auch in diesem Sinne wahrgenommen bei Theo Schöni. Die Energiefrage ist etwas, das wir im Verlaufe der Verhandlungen auch mit dem Investor sehr intensiv diskutiert haben. Für uns ist diese Frage nicht vom Tisch, sondern ist insbesondere auch im Zusammenhang mit der Diskussion mit unserem Energieberater aufgenommen worden, dass wir diesem Bereich eine ganz grosse Beachtung schenken müssen. Es gehört ja nicht nur die Energiefrage dazu, sondern wie wir das Gebiet, auch mit öffentlichem Verkehr, erschliessen. Hier gehört alles dazu. Bei einer Energiestadt muss einerseits die Energie, andererseits aber auch die Mobilität gewährleistet sein. Die Gestaltungskommission ist von allen Fraktions- und Einzelsprechern erwähnt worden, dass dort eine Erwartungshaltung vorhanden ist und über die Besetzung und Gewichtung als solche auch zum Ziel führen muss. Das Wort Quartierbüro von Daniel Schneider habe ich auch gerne aufgenommen. Es ist etwas Spezielles. Wir haben eine Gestaltungskommission. Man kann Quartierbüros auch in dem Sinne entwickeln, dass sie in Zusammenarbeit mit der Gestaltungskommission bei der Entwicklung des Gebietes als solche auch Platz haben sollen. Zu Marcel Buck: Die Verhandlungen, die geführt wurden, waren für uns als Stadtrat auch wichtig. Ihr habt uns eigentlich auch mit dem Unterbruch, dem Timeout der Verhandlung, auf eine Art ermutigt, die Fragen noch einmal mit einem Experten zu diskutieren. Das war uns wichtig. Die Fragen, die wir dem Experten gestellt haben, waren unter anderem ein Ausfluss der Diskussion vom September. Wenn Ihr die Beilage lest, sind es Fragen, die uns in diesem Saal alle auch beschäftigt haben. Für uns war in diesem Sinne die Meinung von Herrn Professor Fingerhuth sehr wichtig. Zu Daniel Dähler: Die Energiebereiche sind ein Thema und auch etwas, das uns beschäftigt. In welchem Detaillierungsgrad man dies schon in einem Gestaltungsplan definieren will, ist das Eine. Das Andere, was auch die Diskussion hier zeigt, unter anderem auch von Anna Engeler – ist, dass wir die Diskussion nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch als Auftrag des Stadtrates wahrnehmen. Wir sind auch froh, dass wir diesen Auftrag in der Diskussion spüren und wir werden diesen auch ernst nehmen. Zu Stephan Hodonou, der natürlich schon fragt: Ist dies jetzt irgendwie ein Vertrauen in die Zukunft, ist es ein Auftrag, ist es ein Freipass? Ich glaube eben, wenn Ihr von diesem Bericht Kenntnis nehmt, ist es nicht ein Freipass, sondern gleichzeitig ein Auftrag, wo wir nicht über die Diskussion im Parlament hinweg gehen werden, sondern all die Ängste und Befürchtungen, aber auch die Chancen und die Erwartungshaltungen in der Umsetzung und der entsprechenden Vereinbarung auch einfließen werden. Jetzt bin ich schon bei Urs Knapp, der fragt, wie es weiter geht. Dem Stadtrat war ganz wichtig, und ich möchte noch einmal

danken, dass die Diskussion hat stattfinden können, dass wir uns nach den verschiedenen Wortmeldungen beraten können und werden. Wir haben eigentlich unseren Weg seit der Einreichung der Motion von Stefan Nünlist sehr konsequent und transparent verfolgt und auch die Schritte vollzogen, so wie man sie auch mit einem politischen Anstand im Parlament und der politischen Landschaft Olten versteht, weiter geführt. Unseren Weg werden wir, wie wir es auch skizziert haben, unsere verschiedenen, noch zu schnürenden Pakete fortsetzen, bis es zu einer Genehmigung des Gestaltungsplans kommt. Neben der Diskussion und der Debatte im Parlament hat es auch noch andere Nebengleise, die noch bereinigt werden müssen, sei es die effektive Unterzeichnung der verschiedenen Vereinbarungen, die noch gemacht werden müssen, wie auch noch andere Sachen technischer Art, der Umsetzung des Gestaltungsplans, die wir mit dem Eigentümer und dem zukünftigen Investor werden bereinigen müssen. Wir fühlen uns von dieser Diskussion auch bestätigt, dass der Stadtrat auf dem richtigen Weg ist und wir in naher Zukunft unsere Entscheidungen in diesem Sinne auch treffen werden.

Stefan Nünlist: Ich möchte meine Frage, die ich vorher kurz gestreift habe, noch etwas präziser stellen. Bei der Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee Olten SüdWest steht im Investitionsplan: „Die Realisierung dieser Fussgänger- und Veloverbindung ist Voraussetzung für die bauliche und nutzungsmässige Entwicklung von Olten SüdWest“. Weiter steht, dass wir im Jahre 2012 über diesen Kredit abstimmen werden. Das heisst, zwei Jahre lang wissen wir nicht, ob dies kommt oder nicht. Was passiert mit dem Gestaltungsplan, wenn wir dies 2012 ablehnen? Kann er dann umgesetzt werden? Gibt es finanzielle Folgen für die Stadt, wenn wir als Stimmbürger sagen: Nein, wir wollen dies nicht? Übrigens haben wir noch zwei Millionen Franken, die wir für die Kanalisationen zahlen, die Du vorher in der Aufstellung vergessen hast.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ganz entscheidend für die Anbindung von Olten SüdWest ist die Anbindung über den Hammer. Es ist auch so angedacht bzw. im Wettbewerbsprogramm so vorgesehen, dass der Langsamverkehr nicht über die Rötzmatztunnel-Führung, sondern über die sogenannte Hammerunter-/überführung und dann in das Hammerquartier realisiert werden muss. Die entsprechenden Gelder sind im Finanzplan vorhanden. Die diesbezüglichen Planungen sind bereits aufgegleist. Es bestehen schon entsprechende Planungen, was die Erschliessung anbelangt. Ich gehe auch davon aus, dass es, wenn Olten SüdWest realisiert bzw. erschlossen werden muss, auch sinnvoll ist, die Erschliessung über den Hammerstrang sicher zu stellen. Es kann nicht sein, dass sich Olten SüdWest irgendwie über einen anderen Strang wird entwickeln können respektive die Erschliessung erfolgen muss, sondern es ist sinnvoll, dass man über den Hammer geht. Beim Hammer gibt es übrigens auch eine Vision, dass man dort allenfalls eine S-Bahn vom Hauptbahnhof Richtung Olten Hammerbahnhof verlängern kann. Die Idee, die aufgenommen und auch von der SBB entsprechend zur Kenntnis genommen wurde, ist, dass die entsprechende Verlängerung der Erschliessung ebenfalls über den sogenannten Zweitbahnhof der Stadt Olten realisiert werden soll. Betreffend Erschliessungen kann man noch sagen, dass sie normalerweise überhaupt über Spezialfinanzierungen erfolgen. Sie sind in diesem Sinne auch im Budget vorgesehen und werden entsprechend sicher gestellt.

Stefan Nünlist: Die Frage ist nicht beantwortet. Was passiert, wenn wir als Volk nein sagen? Das war die Frage. Wenn dies ein essentielles Element ist, damit man beim Gestaltungsplan ja sagen kann, müsste man dann nicht zuerst die Volksabstimmung durchführen? Ist das Volk bereit, zu investieren? Dann erst ist das Gelände baureif.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Diese Frage könnte man bei jedem grossen Bauprojekt stellen, wo ein Gestaltungsplan eine Grundlage ist, wo eine Erschliessung und ein spezieller Zugang gemacht werden müssen. Die Frage ist in diesem Sinne hier als Vergleich Bachmann, Gestaltungsplan, wie er jetzt da ist, ja oder nein, oder Erschliessung ja oder nein, nicht das Thema. Das muss ich jetzt einfach einmal klar festhalten. Erstens ist sie immer ein Thema und eigentlich mit einem solchen Gebiet verbunden. Zweitens hat dieses Parlament im Rahmen der Finanzplandebatte und auch im Vorfeld schon einmal über den Rötzmatztunnel gesprochen. Das ist ein 18-Millionen-Projekt. Aus der freisinnigen Fraktion gibt es eine klare Aussage, aus anderen übrigens auch. Die Erschliessung zu diesem Areal

für den Langsamverkehr ist ebenfalls eine Forderung gewesen; ich glaube sogar von Theo Schöni und Anita Huber. Sie muss über den Bahnhof Hammer passieren. Im gesamten Denken für den Wettbewerb, im ganzen weiteren Verlauf der ganzen Planung bis zum heutigen Zeitpunkt war immer der Bahnhof Hammer für den ÖV ein wesentlicher Punkt. Auch die SBB ist hier völlig im Boot. Es geht tatsächlich darum, den Bahnhof Hammer auch entsprechend auszubauen, und es gibt auch Vorstellungen seitens der SBB. Das Risiko ist immer vorhanden, dass irgend einmal ein Projekt beim Volk nicht durchkommt. Aber dieser Gestaltungsplan ist in diesem Sinne unabhängig von der Erschliessung. Was Du zitierst, ist aus dem Zusatzbericht. Dann muss es andere Lösungen geben. Aber das hat nichts mit dem heutigen Abdrücken für einen Gestaltungsplan zu tun. Der Investor muss sich damit konfrontieren, dass irgend einmal etwas durch den Souverän nicht bewilligt wird. Aber man kann nicht das Ganze umkehren, zuerst alles bewilligen und dann den anderen bauen lassen. Dann passt es ihm plötzlich auch nicht.

Beschlüsse

Von Ziffer 1 wird mit 32 : 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen Kenntnis genommen.

Ziffer 2 wird mit 33 . 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

Ziffer 3 wird mit 31 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

Ziffer 4 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Mit 32 : 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Von den vorstehenden Ausführungen betreffend Qualitätssicherung im Bebauungsgebiet Olten SüdWest wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Olten SüdWest wird abgeschrieben.
3. Das Postulat der SP Olten betreffend Überarbeitung des Gestaltungsplanes Olten SüdWest mit dazugehörigen Sonderbauvorschriften wird abgeschrieben.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Rechtskonsulent
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 56

Volksmotion Olten SüdWest/Beantwortung

Am 22. Mai 2009 wurde bei der Stadtkanzlei folgende Volksmotion mit 470 gültigen Unterschriften eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Beschlussesantrag über den Erwerb des Areals Olten SüdWest vorzulegen.

Begründung:

Das Areal Olten SüdWest steht vor dem Verkauf. Die heutige Eigentümerin hat mit einem für sehr rasches und ‚effizientes‘ Bauen bekannten Investor einen Vorvertrag abgeschlossen.

Das Areal Olten SüdWest ist für Olten von historischer Bedeutung. Seit der Erschliessung der rechten Stadtseite Mitte des 19. Jahrhunderts hat Olten nun wieder die Möglichkeit, einen zusammenhängenden Stadtteil zu gestalten. Geschieht dies mit Sachverstand und der notwendigen Langfristspektive, kann Olten als urbaner Lebensraum nachhaltig gestärkt werden.

Voraussetzung für die Realisierung dieser historischen Chance ist, dass die Stadt über die Zonenplanung hinausgehende Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügt. Dies ist nur gegeben, wenn die Stadt das Areal käuflich erwirbt und entlang einer zeitgemässen Stadt- und Siedlungsplanung entwickelt. Dabei ist ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten Rechnung zu tragen und ein massvolles quantitatives und qualitatives Wachstum anzustreben. Davon profitieren alle Oltnerinnen und Oltner sowie das lokale Gewerbe.“

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Argumente, die aus Sicht des Stadtrates gegen einen Erwerb des Areals Olten SüdWest sprechen, sind in der Vorlage „Bebauungsgebiet Olten SüdWest, Qualitätssicherung/Kennntnisnahme“ ausführlich dargelegt worden: Sie reichen von der Finanzplanung über das Fehlen von Ressourcen und Knowhow und die Konfrontation mit verschiedensten Interessen bis hin zur Überzeugung, dass auch ohne Kauf eine nachhaltige und qualitativ hochstehende Entwicklung von Olten SüdWest gesichert werden kann. Die erwähnten Gründe haben dazu geführt, dass ein Erwerb denn auch nicht in die vom Parlament an der Novembersitzung mit 40:0 Stimmen zur Kenntnis genommene Finanz- und Investitionsplanung des Stadtrates aufgenommen wurde.

Mit den in der genannten Vorlage aufgezeigten Massnahmen und den im Zusatzbericht vorgestellten Zusatzvereinbarungen sind die in der Volksmotion angestrebte Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Olten zudem auch ohne Erwerb des Areals gesichert. Aus Gesprächen des Investors Leopold Bachmann mit dem Stadtrat, aber auch mit Dritten (u.a. Wirtschaftsförderung) geht hervor, dass sich der Investor durchaus der Aufgabe, einen Stadtteil zu entwickeln, und der damit verbundenen Erwartungen bewusst ist.

Hinzu kommt, dass ein Erwerb des Areals laut den Ausführungen des noch aktuellen und des künftigen Besitzers gar nicht möglich ist: Mit Schreiben vom 4. September 2009 gab der künftige Investor Leopold Bachmann bekannt, dass er mit einem Vorvertrag, welcher am 28.04.2009 notariell beurkundet wurde, das Bauland von der Verkäuferin Aktiengesellschaft Hunziker + Cie gekauft hat. Der Kaufpreis, 20 Mio. Schweizer Franken, ist bezahlt durch ein unwiderrufliches und unbedingtes Zahlungsversprechen der Credit Suisse vom 27.04.2009. Im Weiteren wurde eine Konventionalstrafe von 10 Mio. Schweizer Franken vereinbart für den Fall, dass eine Partei den Vertrag bricht. Leopold Bachmann schreibt: „Aus den oben angeführten Bindungen aus dem notariellen Vorvertrag ersehen Sie, dass mein Kauf des Baulandes Olten SüdWest definitiv und unwiderruflich ist. Ein Verkauf des Areals Olten SüdWest an die Stadt Olten ist nicht möglich.“ Das Schreiben des Investors wird bestätigt durch ein Schreiben der aktuellen Besitzerin AG Hunziker & Cie vom 16. September 2009: „Im Mai 2009 konnte die AG Hunziker & Cie mit dem Interessenten L. Bachmann, Rüschnikon, einen Vorvertrag über den Verkauf des betreffenden Geländes abschliessen. Die AG Hunziker & Cie hält sich an den Grundsatz ‚pacta sunt servanda‘ und wird sich gegenüber Herrn Bachmann vertragskonform verhalten. Aus diesem Grund steht im heutigen Zeitpunkt ein Verkauf des Geländes Olten SüdWest an die Stadt Olten oder an einen Dritten nicht zur Diskussion.“

Aus den genannten Gründen und mangels Umsetzbarkeit der beabsichtigten Zielsetzung beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Volksmotion abzulehnen.

- - - - -

Stefan Nünlist: Ich muss zuerst eine Frage stellen, da wir ja hier relativ formell sind. Wurde der Erstunterzeichner ordnungsgemäss eingeladen, so dass er die Volksmotion vertreten könnte, da ich nicht der Erstunterzeichner bin?

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich nehme an, dass er nicht eingeladen wurde.

Stadtschreiber Markus Dietler: Er befindet sich meines Wissens im Ausland.

Stefan Nünlist: Man könnte jetzt formalistisch sein. Aber das sind wir nicht, weil wir noch einmal über das genau gleiche Thema reden werden, wenn wir die Volksinitiative besprechen. Seitens der Volksmotionäre ist es so, dass wir finden, nur die Stadt als Eigentümerin könne die Visionen, die wir eigentlich in diesem ganz wichtigen Teil der Stadt haben, verwirklichen. Ich glaube nicht an Gestaltungspläne über ein so grosses Gebiet, weil wir alle wissen, dass der Gestaltungsplan, den wir vorher zur Kenntnis genommen haben, nie so umgesetzt werden wird. Dies aufgrund der Zeitdauer und wirtschaftlicher Veränderungen. Es wird einfach anders kommen, als wir denken, was auch völlig normal ist. Von daher gibt es einen Teil dieser Bevölkerung, der findet, die Stadt hätte das Areal kaufen und es entlang den sich verändernden Bedürfnissen unseres Gemeinwesens etappiert aufparzelliert entwickeln müssen. Noch ein Wort zum OT-Leitartikel „Tanz mit einem Phantom“: Ist es eine Sache, die nicht erfüllbar ist? Ich sage nein. Es ist nicht so. Wenn die Stadt das Gelände kaufen will, gibt es eine Verhandlungslösung. Man muss sich an einen Tisch setzen. Es ist eine politische Willensbezeugung, wo der Stadtrat das Interesse der Stadt oder den Auftrag des Stimmbürgers umsetzen muss. Dann würde sicher eine Lösung gefunden. Ich meine, das Operieren mit einer Konventionalstrafe von 10 Millionen Franken ist nur etwas, wenn jemand auf der Vertragserfüllung beharren würde und am Tisch nicht zu einer Kompromisslösung bereit ist. Von daher meine ich, dass wir als Gemeindeparlament völlig frei sind, ja zu sagen, wenn wir finden, die Volksmotion sei richtig. Wenn man sie nicht gut findet, darf man auch nein sagen. Das Volk wird darüber abstimmen. Es ist ein Volksauftrag, wo zumindest versucht werden kann ihn umzusetzen. Das sieht man übrigens auch in den Stellungnahmen der Holcim und von Herrn Bachmann. Sie sind nicht ganz so schwarzweiss, wie es dargelegt wird. Erstens haben sie unterschiedliche Daten, per wann sie sich geeinigt haben. Der Eine schreibt von April, der Andere von Mai. Hier sind sie sich

wahrscheinlich nicht ganz einig. Auch ist die Formulierung der Holcim etwas verklausuliert. Ich habe vor einigen Minuten noch mit einem anderen Investor, der nicht aus diesem Kanton kommt, telefoniert. Es gäbe noch andere Interessenten an diesem Areal. In dieser Frage ist noch sehr viel Dynamik. Ich finde nach wie vor, die Stadt Olten wäre zumindest ein potenziell richtiger Investor gewesen, um das Land nicht selber zu entwickeln, sondern es aufzuparzellieren und zu schauen, dass man sich wirklich entlang der sich verändernden Bedürfnisse der Stadt über den richtigen Zeitrahmen entwickelt.

Myriam Frey Schär: Die Grüne Fraktion wird dem Vorschlag des Stadtrates mehrheitlich folgen. Zu sagen, wir seien mit der jetzigen Situation Olten SüdWest glücklich, wäre aber eine grobe Übertreibung. Deshalb möchte ich im Namen der Fraktion an dieser Stelle die Geschichte ein letztes Mal ganz kurz kritisch würdigen. Die Stadt Olten hat eine grosse Chance vergeben. Das ist nicht heute passiert, aber vielleicht vor drei Jahren, als sie sich wirklich noch aktiv hätte einbringen können. Niemand scheint die volle Tragweite dieses Projekts rechtzeitig erkannt zu haben. Wenn ich Stadt und niemand sage, meine ich den Stadtrat, das Parlament, die Kommissionen und die Verwaltung, wir alle, unter dem Strich. Ich wage zu behaupten, dass dies in einer Stadt mit einem gut ausgeprägten Selbstbild, die weiss, was sie ist und vor allem, was sie werden will und wohin sie will, nicht passiert wäre. Eine Stadt, die ihr Potenzial nicht richtig einschätzen kann, wird in einer Situation SüdWest ihr Heil auch nicht in einem städtebaulichen Wettbewerb finden. Im Nachhinein ist man immer gescheiter, und möglicherweise ist es fatal gewesen, ein mögliches Engagement der Stadt gerade so überstürzt mit dem Thema Sportstättenplanung zu verheiraten und in dieser Kombination mit Getöse den Bach hinunter zu schicken. Vielleicht hätte man in einer solchen Situation einmal einen Schritt zurück machen und in einer Gesamtschau sämtliche denkbaren Möglichkeiten diskutieren müssen. Es geht an dieser Stelle auch nicht darum, irgendwie zurück zu schauen. Daniel hat es gut gesagt: Den Zug sehen wir vor allem noch von hinten. Aber es geht darum, für alle anstehenden Projekte, die das Gesicht dieser Stadt in irgendeiner Form verändern oder prägen können, etwas in die Zukunft mitzunehmen, dass wir uns alle darum bemühen, dass in solchen Fällen – es müssen nicht unbedingt bauliche Projekte sein, sondern es kann irgendwelche Themen umfassen – von Anfang an sämtliche Karten und zwar für alle sichtbar auf dem Tisch liegen und von Anfang an ein offener konstruktiver Diskurs über alles geführt werden kann, davon ausgehend, dass wir alle wissen, um was es eigentlich geht. Dies hilft meiner Meinung nach dann auch, ein klar formuliertes Selbstbild für diese Stadt zu finden. Ich denke, eine Vision für sich und von sich zu haben, kann auch Vieles vereinfachen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GO-Fraktion: Es ist immer etwas schwierig, gegen eine Volksmotion zu reden und sie eigentlich auch im Sinne des Stadtrates abzulehnen. Ich glaube, wir haben vorher schon genug gehört. Allen hier im Saal liegt dieses Quartier irgendwie am Herzen. Wir wollen es richtig entwickeln, das Richtige, das Optimum machen. Darüber, wie wir es machen können, gehen die Meinungen auseinander. Der Stadtrat hat uns eigentlich heute schon den Spiegel vor die Nase gehalten. Wir hätten nämlich eigentlich im Finanz- und Investitionsplan einen Änderungsantrag stellen und sagen können: Schmeissen wir die 30 Millionen Franken auf und kaufen wir die „Geschichte“ dort unten. Das haben wir aber nicht gemacht. Ich weiss nicht, ob wir selber gar nicht daran glauben, dass man es noch so kaufen könnte. Bei diesem Zug sehen wir vermutlich nur noch die Schlusslichter. Stefan hat aber auch die Ängste erwähnt, die bei uns ebenfalls vorhanden sind. Da ist irgendein Fremder, der das Areal gekauft hat, mit der Betonung, er habe einen Vorvertrag. Ich denke, Herr Bachmann hat uns schriftlich mitgeteilt, dass er nicht verkaufen will. Holcim hat gesagt, sie wolle am Vertrag festhalten. Eigentlich ist der Kern dieses Volksanliegens bereits gestorben, weil der Kauf nicht machbar ist, so wie dies eigentlich hier verlangt wird. Es kommt mir etwas vor, wie der Andere, der immer Visitenkärtchen unter dem Scheibenwischer meines Auto deponiert: „Kaufe Ihr Auto gegen bar“. Ich habe kein Schild angebracht, dass ich mein Auto verkaufen will. Wir könnten uns jetzt logischerweise darüber unterhalten, irgend etwas können wir dann vielleicht schon einmal kaufen, und vielleicht gelingt es ja, Herrn Bachmann noch „hinaus zu jagen“. Es wären sicher noch andere Investoren vorhanden. Momentan ist es einfach sehr spekulativ. Ich denke, wir sollten uns auf die Mitsprache konzentrieren, die wir mit der Gestaltungskommission haben. Wer weiss? Vielleicht können wir auch irgend einmal einen Teilkau einer so wichtigen Parzelle

vornehmen, weil Herr Bachmann mit den Schärftgestaltungsplan einfach nicht zu Boden kommt. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist grossmehrheitlich im Sinne des Stadtrates für die Ablehnung der Volksmotion mangels Umsetzbarkeit.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Ich kann mich meinen Vorrednern und der Vorrednerin grossmehrheitlich anschliessen. Unsere Bedenken zu Olten SüdWest sind, was vorher klar hervor gekommen ist, ziemlich gross. Wir sind auch nicht so sicher, ob es gut kommt. Die Volksmotion hat einiges bewirkt und eine breite Diskussion ausgelöst. In diesem Sinne ist ihr sehr viel zu verdanken, sicher auch, dass wir uns im Parlament ausgiebig über dieses Thema unterhalten, das Geschäft auch verschoben haben und noch mehr Fragen geklärt haben wollten. Diese sind allerdings nicht ganz in unserem Sinne geklärt. Die Volksmotion hat aber aus unserer Sicht einen elementaren Haken. Sie fordert nämlich den Kauf dieses Areals durch die Stadt. Nur steht das Areal gar nicht zum Verkauf. Das war eigentlich auch schon bei der Lancierung der Volksmotion die Ausgangslage, dass das Areal nicht verkäuflich war, jedenfalls unseres Wissens nicht zu diesem Zeitpunkt. Die Frage stellt sich für uns schon, mit welcher Absicht dies trotzdem gemacht wurde, wahrscheinlich wirklich in der Hoffnung, man könne hier noch etwas ändern. Ich habe mit einigen Personen, welche die Volksmotion unterschrieben haben, gesprochen, zum Beispiel in meiner Nachbarschaft. Diese Leute waren natürlich alle der Meinung, die Stadt habe die Möglichkeit, das Areal zu kaufen, wenn sie dies wolle und brauche jetzt einfach etwas Druck. Mit meiner Unterschrift kann ich den Stadtrat quasi dazu bewegen, dies zu tun. Dies habe ich in der Bevölkerung wahr genommen. Vielleicht ist es nicht die Meinung aller, aber zu einem grossen Teil meinten die Leute wirklich, es sei möglich und brauche einfach Druck von ihnen. Hier finden wir, dass es nicht ganz sauber läuft, weil die Tatsache ja eine andere ist. Ich glaube, die Leute waren sich nicht ganz bewusst, was sie unterschreiben respektive dass ihr Anliegen in diesem Sinne gar nicht so umgesetzt werden kann. Herr Bachmann hat sich geäussert, dass er nicht verkaufen will respektive vertraglich bereits gebunden ist. Die Holcim will nicht zurück treten. Die einzige Möglichkeit, die jetzt mit Verschiebungen und Verzögerungen noch bestehen könnte, wäre, den Investor so mürbe zu machen, dass er am Schluss sagt: „Jetzt reicht es mir, das ist mir zu dumm“ und das Handtuch wirft. Sollte dies die Absicht der Motionäre sein, müsste man dies meiner Meinung nach klar so kommunizieren. Ansonsten ist der Zug für uns abgefahren. Diese Aussage ist schon ein paar Mal strapaziert worden. Wir finden es allerdings auch schwierig, ein Volksbegehren abzuweisen, das doch eine so breite Unterstützung erhalten hat, sicher auch aus unseren Kreisen. Eine Überweisung würde aber die Leute im Glauben lassen, das Vorhaben sei wirklich machbar, und das ist es im Moment nicht. Also werden wir der Abweisung grossmehrheitlich zustimmen. Wir finden es ein politisch eher heikles und auch bedenkliches Spiel, wenn man mit nicht ganz klaren Tatsachen operiert.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Vorher haben wir über den Gestaltungsplan abgestimmt und alle Freude gehabt, wie gut es gegangen ist, und jetzt wird schon davon geredet, den Investor „davon zu jagen“. Das ist natürlich für uns nicht ganz nachvollziehbar. Wir werden dem Antrag des Stadtrates folgen. Die Sprecherin der Fraktion Grüne hat vorher erwähnt, dass das Parlament einen wesentlichen Beitrag an diesen Fehler geleistet hat. Das ist nicht ganz so, weil uns immer gesagt wurde, das Areal sei nicht verkäuflich. Somit möchte ich zumindest unsere Fraktion davon ausnehmen, dass wir hier eine gewisse Schuld haben.

Myriam Frey Schär: Ich habe nicht gesagt: „Im Wesentlichen“, sondern habe nur sagen wollen, es seien alle daran beteiligt gewesen oder auch von uns hatte es niemand wirklich gesehen. Natürlich räume ich ein, dass wir nicht immer alle Informationen hatten usw. Aber ich möchte mich verwahren, dass wir im Wesentlichen an irgend etwas schuld gewesen sein sollten.

Nico Zila: Ich habe aus den Voten, vor allem der Fraktionssprecher, heraus gelesen, als könnte man das Rad der Zeit zurück drehen, dass in zwei oder drei Jahren eigentlich alle für einen Kauf wären und jetzt halt einfach der Zug schon abgefahren ist. Eigentlich staune ich über diese Haltung und auch wenn ich der Einzige bin, der aus inhaltlichen Gründen gegen die Volksmotion ist, bin ich es aus voller Überzeugung. Ich bin der Meinung, dass die Volksmotionäre den Oltner Einwohnerinnen und Einwohnern mit diesem Anliegen falsche

Hoffnungen gemacht haben. Bei der Unterschriftensammlung wurde gesagt, es sei oder werde ein Problem werden, dass ein so grosses Grundstück in der Hand eines Investors ist. Mit Verlaub: Das wäre es, wenn die Stadt es kaufen würde oder gekauft hätte, auch. Das war auch so, solange die Holcim noch selber investieren wollte. Nach meinem politischen Verständnis ist es nicht die Aufgabe der Stadt Olten und eigentlich keiner Stadt, zumindest in unserer Grössenordnung, ein so grosses Grundstück zu kaufen und selber zu entwickeln. Ich finde es eine falsche Vorstellung, dass Privatinvestoren mit einem solchen Grundstück einfach machen, was in ihren wildesten Hirngespinnsten herum geistert. Sie sind an die gleichen Regeln gebunden wie auch die Stadt gebunden wäre. Diese Regel heisst Markt. Nach meiner Überzeugung wird der Markt für Olten SüdWest gute Lösungen bereit halten. Niemand hat ein Interesse daran respektive niemand wohnt in der Region Olten, wo einfach 2'000 günstige Wohnungen zu besetzen sind. Ich denke, das ist ein Drohbild, das von den Volksmotionären aufgebaut worden ist, und in diesem Sinne finde auch, dass man damit den Oltner Einwohnerinnen und Einwohnern falsche Angst gemacht hat. Inhaltlich bin ich der starken Überzeugung, dass die Volksmotion, so gut sie getragen worden ist, falsch ist, und werde sie aus diesem Grunde ablehnen.

Stephan Hodonou: Ich möchte noch etwas zum Zug, der immer abgefahren ist und den man von hinten sieht, sagen. Es mag sein, dass der Zug abgefahren ist. Aber Olten ist ein Durchgangsbahnhof. Der nächste Zug kommt bestimmt. Wenn wir einfach immer dem einen Zug nachschauen, sehen wir vielleicht den nächsten, der kommt, nicht. Das sollte man nicht vergessen. Zum Areal Olten SüdWest und den klaren Tatsachen: Ich finde es schon etwas eine Unterstellung, dass jetzt gesagt wird, die Leute seien irgendwie getäuscht worden. Das finde ich gerade etwas deftig. Ich möchte es einmal ganz kurz zurück rollen. Vor ein paar Jahren hat es immer geheissen, dieses Gelände sei unverkäuflich. Diese Informationen sind gekommen. Wenn Leute gesagt haben: Aber könnte man nicht..., kam die Antwort, es sei unverkäuflich. Basta. Bis vor kurzem noch in diesem Jahr plötzlich – oh Wunder – noch vor den Wahlen die Bombe geplatzt ist, dass ein Kaufangebot oder eine unverbindliche Offerte vorlag. Plötzlich – oh Wunder – „Ah, das konnte man kaufen. Hast Du das gewusst?“ Es hat es ja in dieser Stadt niemand gewusst. Wer hat gewusst, dass man es kaufen kann? Ich nicht. Vielleicht Ihr? Ich weiss es nicht. Aber ich nicht. Ich habe ehrlich nichts gegen Herrn Bachmann und schätze sogar seine Initiative. Dass man sich aber überlegt: Ein so grosses Gebiet, was soll man machen, und ist dies gut usw.?. Jetzt wird wieder gesagt, es sei unverkäuflich. Aber es kann im nächsten Monat oder in einem halben Jahr wechseln. Plötzlich kann wieder alles oder ein Teil gekauft werden. Ich weiss es nicht. Aber ich möchte diese Chance und den nächsten Zug nicht verpassen. Von daher denke ich, dass wir uns auch einen Teilkauf offen halten lassen sollten. Ich weiss, dass es schwierig ist, eine Volksmotion abzuändern. Mindestens könnte man sagen: Einen Teilkauf. Wir bleiben in Verhandlung, wir bleiben am Ball. Falls Herr Bachmann plötzlich etwas abgeben möchte, wir sind interessiert. Zu Nico Zila: Soll die Stadt jetzt den Fuss drin haben oder nicht? Hier kann man wirklich geteilter Meinung sein. Man kann sich fragen, ob die Stadt hier mitmischen soll oder nicht. Aber gerade zum Beispiel das neueste Projekt Chance Olten Ost und der massive Bevölkerungsaufmarsch zeigt, dass die Bevölkerung an der Stadtentwicklung interessiert ist. Manchmal ist es eben nötig, weil man es nicht nur dem Markt überlassen kann. Meist ist es wichtig, dass die Stadt eng mitbegleitet und vielleicht ultimo ratio etwas kaufen muss. Darum ging es auch, als die Leute unterschrieben haben, dass sie nicht nur quasi sagen, sie hätten von nichts gewusst, sondern sie wollen, dass die Stadt dabei bleibt.

Daniel Dähler: Man muss sich vielleicht schon noch vor Augen führen, dass ein Vorvertrag noch kein Kaufvertrag ist. Zumindest als ich mein Grundstück gekauft habe, hätte ich noch einen Rückzug machen können, auch wenn er etwas gekostet hätte. In diesem Fall sind es jetzt die 10 Millionen Franken, die im Raum stehen. Ich glaube, was auch seitens der Holcim in diesem Sinne bestätigt worden ist: Wenn man einvernehmliche Lösungen findet, wird auch auf die Konventionalstrafe nicht eingegangen werden. Das muss man sich zum heutigen Zeitpunkt einfach bewusst sein. Es ist Fact und nicht unbedingt in diesem Sinne die Situation, dass ein Kaufvertrag im Moment einfach schon abgeschlossen ist. In der Immobilienwelt ist schon mancher Vorvertrag aufgelöst worden, wo es eine einvernehmliche Lösung gegeben hat, ein anderer Grundeigentümer kam oder ein Anderer Interesse hatte respektive derjenige, der den Vorvertrag hatte, plötzlich das Interesse verloren hatte. Das

muss man einfach sehen. Der Akt ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb hatte die Motion respektive Initiative dementsprechend eine Berechtigung und hat sie nach wie vor, solange der Kaufvertrag nicht abgeschlossen ist. Auch nachher kann natürlich mit Herrn Bachmann verhandelt werden. Wenn die Verhandlungen dazu führen, dass die Stadt den Zuschlag nicht erhält, war es zumindest eine Verhandlung. Diese hat bis zum heutigen Zeitpunkt nicht stattgefunden. Wenn man es auf der anderen Seite in diesem Sinne betrachtet, dass der Zug wirklich abgefahren ist, muss man sagen, dass die Stadt mit der Umwandlung des ganzen Grundstücks halt relativ viel Geld verloren hat. Man muss sich überlegen, welche Rolle eine Stadt in Zukunft einnehmen kann, wenn es darum geht, eine Stadt zu entwickeln. Wenn man sieht, wie in Deutschland so grosse Grundstücke entwickelt werden, sind es meistens nicht private Investoren, die dort den eigentlichen Anstoss geben. Es ist die Stadt, die eine aktive Rolle übernimmt und schliesslich die Attraktivität des ganzen Themas steigert. Wenn wir auf der anderen Seite wirklich eine Vision haben und Olten in diesem Mittellandmix irgendwo positionieren wollen, braucht es letztlich Leuchttürme. Was wir jetzt eigentlich haben, ist konventioneller Wohnungsbau, der wenig Differenzierungspotenzial bringen wird. Deshalb denke ich, dass es weder ein linkes noch ein rechtes Argument in diesem Sinne ist, dass man wirklich aktive Stadtentwicklung betreibt und ein Risiko eingeht. Das kann gerade so gut links sein, wenn es damit zu Wohnungsförderung oder sozialem Wohnungsbau führt, aber es kann andererseits auch eine aktive Wirtschaftsförderung sein, die eher ein rechtes Element mit sich bringt.

Dr. Max Pfenninger: Was mich an der Strategie des Stadtrats und auch des Kantons in den letzten Jahren stört, möchte ich doch noch sagen. Man muss kein Experte sein, um sich vorstellen zu können, dass bei der Einzonung von Industrieland eine extreme Wertvermehrung des Bodens entsteht. Dass Stadt und Kanton von dieser Wertvermehrung im Sinne eines günstigen Kaufs oder einer Übernahme dieser grossen Branche quasi nicht profitieren wollten erstaunt mich. Ich möchte wissen, ob man sich diese Überlegungen beim Kanton und bei der Stadt einfach nicht gemacht und geschlafen hat. Bevor das Land eingezont wurde, war es nichts wert, und jetzt ist es sehr viel wert.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Zur letzten Aussage: Erstens hat der Stadtrat am 24. Juni 2009 ein Mediencommuniqué verbreitet, das in unseren Zeitungen wortwörtlich abgedruckt wurde und in dem steht, was jetzt zum Teil gefragt wird. Wann, wie, wo und was. Darauf gehe ich nicht weiter ein. Zweitens wird das Parlament ja Kenntnis erhalten von einem Gespräch, das geführt wird. Ich betone: Nicht von einer Untersuchung, sondern von einem Gespräch, das mit allen Beteiligten geführt wird, wo die GPK den Auftrag hat, dass das Parlament orientiert wird. Hier greife ich nicht vor. Eine Aussage zu dieser ständigen Aussage, es würden Wohnungen gebaut. Darf ich Euch bitten, im Zusatzbericht noch einmal nachzulesen: Seite 5, Artikel 9 Absatz 7 wo es um Sonderbauvorschriften im Bereich des sogenannten Strips, dieser Allee geht. Der Wettbewerb sagt: Leben, wohnen und arbeiten. Es ist völlig klar und ist in den Gesprächen, die wir geführt haben, auch herüber gekommen und muss durchgeführt werden, dass es auch um publikumsorientierte Geschäfts- und Dienstleistungsnutzungen, KMUs, Läden, Restaurationen usw. und nicht nur einfach nur Wohnungsbau geht. Einfach, damit dies in diesem Hause einmal gesagt worden ist. Wir haben glasklare Aussagen zu dieser Thematik, und es gibt einen Wettbewerb als Basis. Alles andere wird sich in Zusammenhang mit den Bauvorschriften, der Baukommission, Gestaltungskommission usw. weisen. In diesem Sinne ist das Privateigentum, das hier eine Rolle spielt, eine ganz wesentliche Aussage. Das Eigentumsrecht ist immer noch ein entscheidendes Recht. Wer nicht verkaufen will, will nicht verkaufen. Man kann verhandeln. Aber jeder hat immer noch das Recht auf sein Eigentum, wenn es um Grundstücke geht. Die Stadt hatte nie ein konkretes Kaufangebot. Jetzt komme ich konkret auf Deine Aussage. Das steht wortwörtlich im Mediencommuniqué. Es wird von der Holcim bestätigt, dass es nie ein solches gab. Das steht hier in einem Papier. Der Stadtrat hat entschieden, dass es nicht in die Kompetenz und Kapazität der öffentlichen Hand geht. Ich zitiere Nico Zila eins zu eins. Wir haben uns jedoch nicht abgesprochen. Man könnte gleich wiederholen, was Du gesagt hast: „Nicht das Kerngeschäft einer Stadt“. Wenn ich jetzt das Panorama vor mir sehe, sind wir nachher alle Eigentümer, und jeder hat doch eine völlig andere Vorstellung von der Entwicklung dieses Gebietes. Nehmt dies bitte auch einmal zur Kenntnis.

Dr. Max Pfenninger: Was wäre passiert, wenn man Land nicht eingezont hätte und es weiterhin Industriebranche gewesen wäre? Irgend einmal hätte die Firma Holcim dieses Land nicht mehr gewollt, weil es nicht brauchbar ist. Diese Frage habe ich gestellt. Wenn der Kanton und die Stadt beschliessen, dass es eingezont wird, passiert eine starke Wertvermehrung. Weshalb wollte weder der Kanton noch die Stadt an dieser Wertvermehrung partizipieren? Jetzt profitiert einzig die Holcim, und diese Firma hat es eigentlich nicht nötig, staatlich unterstützt zu werden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist fast wie vorher mit der Erschliessung, die man vor das Stimmvolk bringen muss, die dann möglicherweise nicht zustande kommt. Irgend einmal hat doch eine Firma in Olten 260 Arbeitsplätze abgebaut, zwei Zementwerke geschlossen. Hilfeschreie zu Recht in der ganzen Stadt und Region. Es war übrigens vor meiner Zeit und vor der Zeit der Damen und Herren, die um mich herum sitzen und vor der Zeit von vielen anderen, die hier sitzen. Alle haben geschrien, man müsse das Gebiet weiter entwickeln. Die Hunziker AG und die Portlandcement haben soweit ich mich erinnern kann auch medienmässig für ihr Verhalten einige Male „Haue-Haue“ erhalten. Man hat versucht, diese Leute wieder an einen Arbeitsplatz zu bringen. Das ist teilweise gelungen. Man hat gewusst, dass aus diesem Gebiet irgend etwas gemacht werden muss. Es gab ein Abbaustatut, das Dr. Max Pfenninger mehrmals bekämpft hatte, wenn es darum ging, dass die Lastwagen bei ihm am Hausmattrain mit Steinbruchgeschichten vorbei gedonnert sind. Man hat ein Abbauarrangement getroffen und und und... Dieses Parlament hat gesagt, das Gebiet müsse jetzt weiter entwickelt werden. Die Grundeigentümerschaft hatte drei Parteien am Tisch. Der Kanton hat dies als wichtiges Gebiet bezeichnet, damals noch zwei Grundeigentümer und die Stadt als kleinstem Partner, der am Schluss den Gestaltungsplan unterschreibt. Ich glaube, hier sind wir uns von der Wichtigkeit her einig. Es wurde gesagt, man wolle dieses Gebiet einer neuen Nutzung zuführen, dies am Anfang ohne Vorstellungen. Es war ein langwieriger Prozess. Irgend einmal kommt ja auch ein privater Grundeigentümer auf die Idee zu sagen: Wenn ich es weiter entwickeln will, möchte ich es gerne einem internationalen Wettbewerb zuführen mit 86 Beteiligten aus ganz Europa. Denjenigen, die an einem Wettbewerb mitmachen, muss man ja sagen können: Der Kanton und die Stadt sind bereit, einzuzonen.

Daniel Schneider: Ein gutes Quartier braucht den Mitentwickler Stadt. Das ist tatsächlich so. Was es nicht unbedingt braucht ist der Besitzer Stadt. Es gibt genügend Planungs- und Rechtsinstrumente, dass man die Begleitinstrumente von einem Besitzer oder Eigentümer verlangen kann, damit ein qualitätvolles Quartier entsteht. Ich verstehe eigentlich die Idee und den Wunsch der Bevölkerung als die Motion unterschrieben wurde - übrigens reden wir von diesem Geschäft, wenn ich daran erinnern darf – nicht aber den konkreten Zweck der Volksinitiative in diesem Fall, weil er für mich nicht existiert. Deshalb tut es mir etwas weh, all diesen Leuten, die bei der Unterschrift viele Hoffnungen hatten, sagen zu müssen, das „Ding“ habe keinen Zweck. Ich weiss nicht, worüber ich abstimmen soll, wenn tatsächlich kein Verkäufer vorhanden ist. Stephan Hodonou: Das entbindet natürlich den Stadtrat nicht, die Augen offen zu halten, wenn plötzlich Teile zu verkaufen wären, und ich denke, er ist nach diesen intensiven drei Monate so sensibel, die Augen offen zu halten und agieren zu können, wenn tatsächlich Grundstücke zu einem günstigen Preis durch die Stadt erworben werden können. Ich meine nicht, dass die Stadt um jeden Preis mitbieten muss, wenn es in der oberen Charge stattfindet. Dann hat sie noch andere Instrumente, um zu verlangen, dass ein Quartier gut werden kann. Ich gehe fest davon aus, dass der Stadtrat für künftige Planungen in diesem Gebiet und anderen Gebieten in der Stadt Olten sein Sensorium ausgebaut hat und mit dem Umbau der Baudirektion dies noch weiter ausbauen wird, dass wir dort gut agieren. Wir müssen es deshalb nicht kaufen. Brauchen wir das Geld für etwas Anderes.

Daniel Dähler: Ich möchte kurz auf die Frage von Max eingehen, da er scheinbar auch mit der Antwort nicht ganz zufrieden ist. Die Frage ist dann vielleicht eine andere. Stellen wir sie einmal so: War sich der Stadtrat respektive der Kanton damals bewusst, dass eine Umzonung eine entsprechende Wertsteigerung mit sich bringt? Ich gehe einmal davon aus. In der Regel ist auch der Fall, dass mindestens ein Teil für öffentliche Bauten oder was auch

immer aus der Wertsteigerung heraus gelöst wird. Hat zumindest diese Diskussion stattgefunden?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich bin jetzt sehr sachlich. In den ganzen Wettbewerbsunterlagen, die bundesordnerweise vorliegen und bei mir eingesehen werden können, in den Vereinbarungen mit der damaligen Doppeleigentümerschaft ist ausdrücklich vorgesehen, dass es innerhalb des Riesenareals öffentliche Teile gibt. Das ist nach wie vor so und Teil dieses Wettbewerbs. Unter anderem ist es ein Teil, den man miteinander besprochen hat. Wir sind doch nicht blauäugig. Eine Einzonung ist immer eine Wertsteigerung, nicht nur für diejenigen, die jetzt hier gerade am Werk sind, sondern grundsätzlich. Die Wertschöpfung für die Stadt ist vielleicht nicht diejenige, dass der Landpreis gestiegen ist, sondern indem Leute und Betriebe kommen, die der Stadt wieder etwas bringen. Mir ist schon klar, dass man auch mit dieser Erklärung nicht zufrieden ist. Aber die Wettbewerbsunterlagen sagen, dass die Stadt ganz klar die Möglichkeiten hat, sich innerhalb dieses Gebietes – das ist vorgesehen – mit Plätzen usw. zu etablieren. Das ist der Sinn des Wettbewerbs.

Felix Wettstein: Ich rede als einer, der rückblickend der Meinung ist, man hätte 2007 die Chance packen und wirklich auf diese Möglichkeit zu kaufen einsteigen müssen, und gleichzeitig als einer, der jetzt zum Schluss kommt: Die Volksmotion kann ich nicht annehmen. Einfach, um dies einzubetten. Es ist gesagt worden, man könnte das Anliegen der Volksmotion etwas anders verstehen, dass die Stadt wenigstens künftig, wenn es darum geht, wieder Teile erwerben zu können, so quasi auch die politische Abstützung und Volksmeinung hat. Sie soll dann doch eben mitbieten. Das ist von mir aus gesehen, auch wenn wir jetzt die Volksmotion nicht unterstützen, absolut weiterhin offen. Wenn es gelingt, dass das Quartier tatsächlich allmählich überbaut wird, braucht es in diesem Areal relativ bald öffentliche Bauten. Von allem Anfang braucht es Strassen, die bekanntlich öffentlich sind. Von daher ist es für mich klar, dass man künftig immer wieder schauen muss, ob es, wer immer dann privater Besitzer ist, an der Zeit ist, um eine konkrete Parzelle zu übernehmen, weil man darauf etwas Öffentliches realisieren will.

Beschluss

Mit 32 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 1/8

Prot.-Nr. 57

Postulat Rolf Braun (SP) betr. Erhaltung der Schlittelgelegenheit in Olten/Beantwortung

Am 26. März 2009 haben Rolf Braun und Mitunterzeichnende ein Postulat mit folgendem Inhalt eingereicht:

«Der Stadtrat wird ersucht, ein Verzeichnis der derzeitigen Schlittelmöglichkeiten in Olten zu erstellen und aufzulisten, welche Schlittelhänge und -strecken unverbaubar sind und welche planerisch oder mit anderen Massnahmen gesichert werden können.

Begründung

Wird man auch in Zukunft am Oltner Stadtrand schlitteln können? Diese Frage stellen sich nicht wenige Mütter und Väter, welche mit ihren Kindern diesen Winter am Fustlihang den Schlittelpausch genossen. Sie sind durch die ausgesteckten Häuser und die kürzliche Einzonung einiger Landstücke in diesem Gebiet verunsichert und alarmiert.

Der Verlust von Kulturland und damit auch von Naherholungsgebieten geschieht schleichend und wird in der Regel erst im Nachhinein wirklich realisiert. Von daher ist es sinnvoll, sich bezüglich der vorhandenen Schlittelmöglichkeiten einen Überblick zu verschaffen, damit falls nötig zu deren Erhaltung vorausschauend gehandelt werden kann.

Einige Gedanken zur Wichtigkeit von genügend Schlittelmöglichkeiten in Olten für unsere Einwohner/-innen und unsere Stadt.

Beim Schlitteln bewegen sich unsere Kinder und die jung gebliebenen Erwachsenen in der freien Natur und an der frischen Luft. Spass und Sport können so spontan in unmittelbarer Nähe zu Schulhäusern und Wohnquartieren stattfinden und erst noch ohne Realisierung von neuen Sportanlagen und deren teuren Unterhalt. So kann u.a. dem Bewegungsmangel und der Fettleibigkeit von denen auch die Oltner Jugend nicht verschont ist, entgegengewirkt werden. Hier bewegen sich auch Kinder, welche in keinem Sportverein tätig sind und daher dieses frei zugängliche Angebot nutzen können. Und was die Jungen heute erleben und schätzen lernen, werden sie auch ihren Kindern ermöglichen und mitgeben wollen.

Als wertvoller Nebeneffekt findet hier auf natürliche und daher äusserst nachhaltige Art und Weise auch Integration statt.

Genügend Schlittelmöglichkeiten für Kinder und Familien in Olten tragen bei zur Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. So müssen die Eltern nämlich kein Auto zu Verfügung haben, um ihre Kinder auf einen Jurahang zu chauffieren, damit sie dieses Vergnügen haben können. Zudem können sich so auch Kinder von arbeitstätigen Alleinerziehenden und Doppelverdiener beim Schlitteln austoben.

Es ist somit klar, dass Schlittelmöglichkeiten auf beiden Stadtseiten von Olten erhalten bleiben müssen, da sonst eine zu grosse Diskrepanz zu unseren Labels «Sportstadt Olten», «Wohnstadt Olten» und «Energiestadt Olten» entsteht»

- - - - -

Stadtrat Dr. Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das verlangte Verzeichnis der derzeitigen Schlittelmöglichkeiten in Olten wird möglichst rasch erstellt und gleichzeitig wird auch aufgezeigt, welche Schlittelhänge und -strecken unverbaubar sind und welche planerisch oder mit anderen Massnahmen gesichert werden können. Die Sicherstellung kann entweder im Rahmen von Nutzungsplänen durch entsprechende Nutzungseinschränkungen oder über privatrechtliche Vereinbarungen erfolgen. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass ein Schlittelweg im Bereich oberhalb der Tellstrasse – im Rahmen von privatrechtlichen Vereinbarungen und zudem als Nutzungsbeschränkung im Rahmen des Gestaltungsplanes – planungsrechtlich gesichert wurde.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Rolf Braun: Es freut mich, dass das Anliegen vom Stadtrat positiv aufgenommen wurde und er die Absicht hat, möglichst rasch ein Verzeichnis der momentanen Schlittelmöglichkeiten auf beiden Stadtseiten zu erstellen. Offenbar ist die Notwendigkeit aufgrund der Argumentation im Postulat erkannt worden. Mit dem Erhalt der Schlittelmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zu den Schulhäusern und den Wohnquartieren können mit bescheidenen finanziellen Aufwendungen die Bemühungen der Stadt Olten zur Entschärfung von diversen gesellschaftlichen Herausforderungen unterstützt werden, zum Beispiel Bestrebungen gegen Fettleibigkeit und Bewegungsmangel, Integration, Förderung von Sozialkompetenz und so weiter und so fort. Zudem darf doch nicht sein, dass nur diejenigen Kinder Sport treiben und Spass beim Schlitteln an der frischen Winterluft erleben können, die das Glück haben, zu Hause einen verfügbaren Elternteil mit einem ebenso verfügbaren Auto zu haben. Selbst wenn dann auf die Jurahöhen gefahren wird, sind die Schulkameraden nicht dabei, was den Erlebniswert und den Spassfaktor erheblich verringert. Was aber immer bleibt, ist die unnötige Luftverschmutzung. Aus diesen Gründen stimmt die SP-Fraktion der Überweisung zu. Der Vorstoss ist auch unter dem Eindruck entstanden, dass sich in unserer Stadt sei längerem und wohl auch noch in naher Zukunft alles um das Bauen, Planen und Betonieren von millionenteuren Projekten dreht. Dabei droht das Thema Naherholung bei Politik, Verwaltung und vielen mehr in Vergessenheit zu geraten. Hier möchten wir etwas sensibilisieren mit dem Hinweis auf die grundlegenden und so stark propagierten städtischen Zielsetzungen wie Wohnstadt, Sportstadt und Energiestadt. Dazu gilt es zu bedenken, dass der Verlust von Kulturland und damit auch von Naherholungsgebiet schleichend vor sich geht und in der Regel erst im Nachhinein, also zu spät, wirklich realisiert wird. Schauen wir also nicht einfach tatenlos zu, wie wir eigenhändig unsere teuren Investitionen zur Qualitätssteigerung in unserer schönen Stadt mit Vernachlässigung, Zerstörung und Überbauung unserer Naherholungsgebiete gerade wieder selber entwerten. Das macht wirklich keinen Sinn.

Heidi Ehrsam: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion überweist das Postulat gerne. Ich bin hier umrahmt von vier jungen Vätern, die mit ihren Kindern auch noch auf dem Platz Olten schlitteln gehen möchten, so wie ich, die viel älter bin, es auch habe machen können. Deshalb danken wir Rolf Braun für das Postulat.

Beschluss

Grossmehrheitlich (42 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung) wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Stabsstelle Planung
Tiefbau
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 29/7

Prot.-Nr. 58

Postulat Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Stadthaus: Neuanfang statt Sanierungen ohne Ende?/Beantwortung

Am 19. November 2008 haben Urs Knapp (FdP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat soll prüfen, ob anstelle von «ewigen Sanierungen» ein Neubau des Stadthauses ökologisch und ökonomisch die bessere Entwicklungsvariante wäre – eventuell kombiniert mit Museums- und weiteren Projekten. In einer städtebaulichen Vorstudie soll der Stadtrat die absehbaren Sanierungen/Umbauten im Stadthaus ebenso berücksichtigen wie der diskutierte Museumsneubau in unmittelbarer Nähe und die Zukunft des Hübelischulhauses. Die Vorstudie soll es den zuständigen Gremien ermöglichen, die anstehenden Einzelprojekte im Raum Stadthaus in einem Gesamtzusammenhang zu sehen und die richtige Richtung zu lenken.

Kurzbegründung

In seiner Antwort auf eine Motion Lea von Wartburg sagte der Stadtrat zum Zustand des Stadthauses: «Dem Alter des Gebäudes entsprechend stehen grundsätzliche Entscheide zur Modernisierung an. Neben der energietechnischen Frage muss aber auch eine Verbesserung des Brandschutzes sowie die Erdbebensicherheit angegangen werden. Zusätzlich stehen auch Grundsatzentscheide bei der elektrischen Infrastruktur (Elektroinstallation, EDV, Gebäudeautomation) an.»

Olten als Energiestadt sollte Neubauten und Generalsanierungen nach dem Minergie-P-Standard durchführen, der in der Schweiz immer mehr zu Zielvorgabe wird. Eine Vorstudie hat jedoch gezeigt, dass das Stadthaus diesen Standard selbst bei einer aufwändigen Sanierung nicht erreichen kann. Zusätzlich ist absehbar, dass bestehende Gebäudenachteile bei Publikumszonen und in der Arbeitsplatzgestaltung nur mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand eliminiert werden könnten.

Aufgrund dieser Ausgangslage muss der Stadtrat nicht nur Sanierungsvarianten für das Stadthaus prüfen, sondern ernsthaft auch grundsätzliche Überlegungen anstellen. Der Zeitpunkt dafür ist heute richtig und wird sich in den nächsten Jahrzehnen nicht mehr so ideal ergeben. Solche Überlegungen sind anzustellen, bevor weitere Sanierungen in Millionenhöhe ausgelöst werden.

Für eine Gesamtschau spricht auch, dass unmittelbar beim Stadthaus weitere städtische Projekte zur Entscheidung anstehen: Einerseits wird über einen Neubau eines Museums in Höhe von fast 20 Millionen Franken diskutiert. Andererseits ist absehbar, dass das Hübelischulhaus in absehbarer Zeit einer neuen Nutzung zugeführt werden muss.

Es bietet sich die einmalige Chance, diese verschiedenen Projekte in einen Gesamtzusammenhang zu stellen und über Synergien nachzudenken.

Das Postulat fordert nicht eine aufwändige Planungsphase. Vielmehr geht es darum, mit einer Vorstudie abzuklären, ob ein Neubau des Stadthauses – eventuell kombiniert mit Museums- und weiteren Projekten – ökologisch und ökonomisch eine Entwicklungsvariante wäre, die man vertieft prüfen müsste.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrats beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Aufgrund des hohen Energieverbrauchs, der den Zielen der Energiestadt Olten widerspricht, hat der Stadtrat die energietechnische Sanierung des Stadthauses in sein Regierungsprogramm 2009-2013 aufgenommen. Die energetische Sanierung der Fassade inklusive angrenzende Bauteile kommt laut bisherigen Berechnungen auf rund 8,5 Mio. Franken zu stehen; dabei kann der Minergie-Standard gut erreicht werden. Wird der gesamte Sanierungsbedarf des Stadthauses abgedeckt (inkl. Sanierung der sanitären Anlagen, des Ratssaals, des Dachgarten usw.), entstehen Gesamtkosten von rund 12,5 Mio. Franken. Die Sanierung ist etappierbar. Die Ausführung der Arbeiten im Rahmen der genannten 8,5 Mio. Franken ist im Investitions- und Finanzplan ab 2013 vorgesehen und dauert zwei bis drei Jahre. Unter Einbezugnahme des 10. Stockwerks ist nicht mit hohen Kosten für Provisorien zu rechnen.

Dem stehen Kosten für einen allfälligen Neubau – ohne Einbezug von Museen – in der Höhe von rund 30 Mio. Franken gegenüber. Nimmt man die Kosten für den Abbruch und für ein für alle Tätigkeiten der Stadtverwaltung funktionierendes Provisorium während der Bauzeit hinzu, beläuft sich die Summe mit Sicherheit auf das Dreifache der Kosten für den gesamten Sanierungsbedarf.

Bei einer Gesamtbetrachtung gilt es ferner zu berücksichtigen, dass das Gebäudeversicherungsvermögen des heutigen Stadthauses 32 Mio. Franken beträgt und in den letzten 20 Jahren bereits 10 Mio. Franken in Sanierungen gesteckt wurden. Die Wertvernichtung bei einem Abbruch des heutigen Gebäudes kann auf 12 bis 15 Mio. Franken geschätzt werden.

Zum Einbezug des Hübelischulhauses muss festgehalten werden, dass sich diese Liegenschaft unter kantonalem Denkmalschutz befindet und nur in geringem Umfang Eingriffe möglich sind.

Die energietechnische Sanierung des Stadthauses ist angesichts des hohen Energieverbrauchs ein dringliches Anliegen. Eine Ausdehnung des Vorhabens auf weitere Anliegen wie etwa die Museenfrage würde für eine ungewünschte zeitliche Verzögerung sorgen und angesichts des hohen finanziellen Volumens, das nicht im Investitionsplan abgebildet ist, die politische Akzeptanz des Sanierungsvorhabens stark beeinträchtigen.

Im Sinne der obenstehenden Überlegungen beantragt deshalb der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat abzulehnen.

- - - - -

Urs Knapp: Ich habe drei Vorbemerkungen zu meinem Postulat. Erstens ist es unbestritten, dass das Stadthaus ein energetischer Sündenfall ist, wo etwas gemacht werden muss. Zweitens ist es nicht so, dass draussen die Bagger warten und wenn Ihr dem Postulat zustimmt, morgen hier abgebrochen wird. Drittens wird die Überweisung des Postulats eine mögliche Sanierung oder etwas Anderes nicht verzögern. Man könnte es ganz einfach nach dem Solothurner Motto „Es isch gäng so gsi“ machen. Das Bestehende wird weiter geführt, es wird etwas an diesem Bau herum geflickt, saniert. Das beantwortet aber die grundsätzlichen Fragen nicht. Myriam Frey hat mir vorher bei einer ganz anderen Debatte

ein wunderschönes Stichwort gegeben. Sie hat gesagt: „Von Anfang an ein offener Diskurs über alle Möglichkeiten führen“. Das kann auch bei diesem Geschäft gemacht werden. Meiner Meinung nach ist nämlich die entscheidende Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, dass man den auf den ersten Blick einfachsten Weg geht und einfach etwas saniert, weitere 12 Millionen Franken investiert und dann erhält, was man halt erhält. Ich kenne die Antwort auf diese Frage auch nicht, nehme aber an, dass auch der Stadtrat und die Baudirektion diese Antwort nicht kennen. Die Lebenserfahrung zeigt, dass der vermeintlich gradlinige normale Weg oft derjenige ist, der in die Irre führt. Ich möchte mit meinem Postulat den Stadtrat einladen, kurz inne zu halten und auch das Udenkbare zu denken oder wie es die Engländer so schön sagen: „Think outside the box“. Mindestens drei Argumente sprechen meiner Meinung nach dafür, dass nicht nur an eine Sanierung gedacht werden sollte, sondern auch etwas an das Udenkbare. Erstens die energetische Situation des Stadthauses. Es ist unbestritten, dass das Stadthaus heute eigentlich eine Heizung ist, bei der man unten einfeuert, es oben offen ist und die Umwelt geheizt wird. Der Stadtrat sagt, man könne mit einer Sanierung den Minergiestandard einhalten. Das ist möglich. Es gibt aber nicht nur einen Minergiestandard, sondern verschiedene. Mit einer Sanierung kann man sicher nicht einen anspruchsvollen Minergiestandard einhalten. Das wird Christian Amoser gewiss auch bestätigen. Wenn wir jetzt etwas sanieren, tun wir dies für 30 Jahre. Wenn wir jetzt einen Minergiestandard einhalten, wird er schon in fünf Jahren nicht mehr der Rede wert sein. Zweitens der Standort des Stadthauses: Es grenzt wahrscheinlich an eine Begegnungszone, wenn wir dieser im nächsten Jahr zustimmen und die über 20 Millionen Franken auch dafür investieren. Eine Begegnungszone erfordert, wie es schon der Name sagt, dass man sich begegnen muss. Hier ist ein Stadthaus relativ schlecht, weil es ein totes Haus ist, mindestens dann, wenn sich die meisten Leute begegnen wollen, nämlich nach Arbeitsschluss und am Wochenende. Von daher hat das Stadthaus an sich keinen Mehrwert für die Begegnungszone, wie es etwas Anderes haben könnte. Drittens hat das Gebäude auch Nachteile, rein von der Geschichte her. Ich glaube, letztes Mal war es ein Postulat von Caroline Wernli. Wir haben Publikumszonen wie bei der Sozialdirektion, die nicht haltbar sind, an verschiedenen Orten in diesem Haus schwierige Situationen und wenn die Fusion einmal kommt möglicherweise auch einen ganz anderen Platzbedarf. Wir denken, dass man bei all diesen drei Argumenten auch eine Vision haben könnte. Ich habe eigentlich zwei Visionen: Erstens könnte man eine Umnutzung des Stadthauses machen. Man könnte sagen: Die Verwaltung zieht aus. Unten gibt es zwei Stockwerke mit Läden. Als der Bericht im OT erschien, haben mich Leute angerufen und gesagt: Ganz toll wäre ein Starbucks, oder ein Häagen-Dazs wäre gut. Das würde der Stadt auch gut tun. Oder andere Sachen. Das würde Leben geben, auch dann, wenn die städtischen Angestellten nicht arbeiten. Oben könnten Wohnungen gemacht werden. Ich habe gelernt, das Stadthaus habe eine sehr gute Bausubstanz, was ich nicht beurteilen kann, und man könne fast alles daraus machen. Fast alles heisst, dass man auch Wohnungen machen kann. Man könnte in den Stockwerken 3 bis 6 sogar ein Museum und oben noch Wohnungen einbauen. Das würde natürlich bedingen, dass eine Gesamtsanierung gemacht würde, bei der eben auch das Energetische gelöst werden könnte, weil man das Gerippe dieser Bausubstanz nur mit einer Gesamtsanierung so sanieren kann, dass es auch energetisch sehr gut vertretbar ist. Das Andere, was denkbar ist, aber vielleicht etwas radikaler ist, dass wir wirklich Bagger auffahren lassen und einen Neubau machen. Er kann fünf bis sechs Stockwerke hoch gebaut, städtebaulich wunderschön gestaltet werden, mit Läden, Museen, Wohnungen und Anderem. All dies bedingt natürlich, dass die Verwaltung ausziehen und an einen neuen Ort gehen darf. Das an sich hat auch schon wieder einen Eigenwert. Dann kann die Verwaltung an einen Ort kommen, wo ein Entwicklungsschub ausgelöst werden kann. Wir haben in unserer Stadt Regionen, wo es Brachland gibt. Ich denke beispielsweise an den Bahnhof Nord an bester Lage, gleich beim Hauptbahnhof. Dort gibt es nichts. Wir haben auch gesehen, dass Neuinvestitionen offensichtlich schwieriger sind. In letzter Zeit haben wir auch erfahren, dass der Neubau eines Rail Control Centers nun doch nicht kommt. Sie gehen vielleicht an einen anderen Ort. Die Stadt könnte in einem solchen Gebiet als Schlüsselinvestor einen Anstoss für eine wirklich wichtige Entwicklung geben. Man könnte es sogar in Olten SüdWest machen. Es gäbe einen Entwicklungsschub, und gleichzeitig könnte man nicht nur einfach ein Stadthaus, sondern ein Nullenergie-Stadthaus bauen. Das gibt es in Olten noch nicht. Es gibt ein Nullenergie-Bürohaus, das ich begleiten durfte. Es war ein Kunde von mir, der damit sehr zufrieden ist. Er hat am Schluss gesagt, es koste 5 % mehr

als ein Normalbau. Es war March International in Kemptthal, welche Restaurants betreiben. Ein Nullenergie-Stadthaus kann an einem solchen Ort problemlos gebaut werden. Wenn es wirklich 5 % mehr kostet, wiegt der Imagewert dies ganz auf. Dann kann man noch diskutieren, wenn man die Stadtverwaltung heraus nimmt, was mit den Publikumsdiensten gemacht wird. Hier haben wir noch das andere Thema. Das Hübelischulhaus wird bekanntermassen in absehbarer Zeit für die Schule nicht mehr gebraucht. Dort könnte man problemlos die städtischen Angestellten, die wirklich Publikumsverkehr haben, einquartieren. Jetzt noch eine der letzten Fragen: Können wir uns dies überhaupt leisten? Der Stadtrat hat ja gesagt, es sei unbezahlbar. Ich weiss nicht, wie er auf diese Antwort gekommen ist, und nehme an, dass er sie auch nicht ganz intensiv geprüft hat. Das könnte man eigentlich wirklich erst mit einer Überweisung des Postulats. Die Rechnung des Stadtrats – ich verstehe auch etwas Weniges von Zahlen – ist mindestens fragwürdig oder „hinterfragwürdig“, denn man hat ja hier etwas, wenn man es nicht abreisst. Wir haben ein Grundstück, das auch einen Wert von 12 Millionen Franken hat, die man für eine Sanierung einsetzen möchte, 20 Millionen Franken, die für ein neues Museum eingesetzt werden sollen. Man hat schon relativ viel Geld, das auch dafür ausgegeben werden könnte. Von daher kann man als Investor auch, wenn man hier etwas Anderes macht, nach meiner festen Überzeugung, ob es nun ein Neubau oder eine Umnutzung ist, eine kostenneutrale oder wahrscheinlich eine ganz anständige Rendite erreichen. Ich möchte Sie heute einladen, etwas Mut zu zeigen, ausserhalb des Denkbaren zu denken, und das Postulat zu überweisen. Die Bagger fahren nicht auf, aber wir wissen spätestens in einem Jahr – mir schwebt nicht eine riesige Untersuchung mit grossen Berichten vor, sondern einfach eine Machbarkeitsstudie des Undenkbaren – ob die Sanierung vielleicht wirklich der beste Weg ist oder eben nicht. Der kleine Marschhalt wird auch nicht zu einer zeitlichen Verzögerung führen. Wenn die grundsätzlichen Fragen nicht geklärt sind, wird in einer Volksabstimmung – das braucht dieses Geschäft – genau die grosse Diskussion wieder kommen. Wir haben dies auch schon bei einem vorherigen Geschäft der Traktandenliste gesehen. Die Sanierungsvorlage kostet 8 bis 12 Millionen Franken, auch nach der letztmaligen Diskussion im Gemeindeparlament. Es ist klar, dass es eine Vorlage gibt, die dem obligatorischen Referendum untersteht. Von daher lade ich Euch ein, das Postulat zu überweisen. Dann können wir vielleicht im nächsten Herbst diskutieren, wie es weiter geht. Möglicherweise sind wir dann von einer Sanierung ganz begeistert. Dann werden wir sie durchführen. Vielleicht sind wir von anderen Sachen begeistert.

Patrick Kissling: Das Postulat von Urs Knapp hat in der CVP/EVP/GLP-Fraktion für eine angeregte Diskussion gesorgt. Nachfolgend einige Gedanken und eine Vision. Auch wenn das bestehende Stadthaus mit seiner Architektursprache aus den Sechzigerjahren nicht allen gefällt, ist es aus unserer Sicht ein guter Zeuge aus seiner Zeit. Durch seine prominente Lage und die Grösse gehört das Stadthaus unterdessen etwas zum Oltnen Stadtbild. Aus ökologischer Sicht wäre ein Neubau sicher besser. Ökonomisch war es für uns anhand der Unterlagen schwierig zu beurteilen. Wenn die einzelnen Sanierungsetappen Teil eines gut durchdachten Gesamtkonzeptes sind, das ein Gleichgewicht zwischen Erhalten, Modernisieren und Kosten/Nutzen findet, macht eine Sanierung aus unserer Sicht durchaus Sinn. Die Primärstruktur eines Gebäudes hat normalerweise eine Lebensdauer von rund 100 Jahren. Weshalb etwas abreißen, das erst in der Hälfte seiner Lebenserwartung ist? Der Ansatz von Urs Knapp, dass die Stadtverwaltung nicht den zentralsten Ort in einer Stadt einnehmen muss, kann in grossen Metropolen seine Berechtigung haben, obwohl historisch gesehen die Stadtverwaltungen oder Rathäuser immer im Herzen einer Stadt waren. Das macht vor allem in Olten Sinn, wo die nötigen Frequenzen für das Gewerbe kaum erreicht werden und an zentralster Lage ein grosses Angebot an leerstehenden Gewerbe- und Dienstleistungsflächen besteht. Aufgrund von Platzmangel gibt es für uns keine zwingenden Gründe, weshalb die Verwaltung an den Stadtrand verlegt werden sollte. Auch wir haben das Undenkbare gedacht, und es ist eine Vision entstanden, die wir einfach einmal so stehen lassen. Für uns gäbe es einen Grund, das Stadthaus zu verlegen und zwar, dass der Winkel abgerissen wird, wie vom gleichnamigen Komitee gefordert. Wir erstellen das Stadthaus auf der halben frei werdenden Fläche als Symbol und Initialzündung für eine bessere Verbindung der beiden Stadtseiten. Auf der anderen Hälfte hätte man genügend Platz, einen Ort zwischen den beiden Stadtseiten zu schaffen, der verbindet, zum Verweilen einlädt und genügend Raum bietet, eine attraktive Langsamverkehrsverbindung

zu schaffen und den Abbieger von Aarburg Richtung Aarau zu lösen. Trotz dieser Vision werden wir dem Antrag des Stadtrates folgen und das Postulat mit Blick auf die anstehenden wichtigeren Investitionen ablehnen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Merci, Patrick, Du hast schon die Hälfte meiner Rede gehalten. Ich kann Euch dies auch ersparen. Vielleicht ein paar andere, nicht baubsubstantielle Anmerkungen. Das Stadthaus ist tatsächlich ein Teil der prägenden Silhouette unserer Stadt. Das haben wir ja schon alle festgestellt. Über Architektur kann man bekanntlich ja auch geteilter Meinung sein. Auch das wissen wir alle. Ich persönlich finde die Architektur dieser Repetition auch nach Jahren in ihrer unverfälschten Art – es ist ja nicht mehr ganz überall, was es war - immer noch faszinierend. Selbst wenn wir gelegentlich in diesem tageslichtlosen kontemplativen Saal sitzen, gefällt mir das Stadthaus immer noch sehr gut. Ein Stück weit stutzig machte mich, dass eine aufwändige Sanierung nicht zu einem Minergiestandard führt. Das hat mich echt verwundert. Es würde selbstverständlich bedeuten, dass man die Architektursprache verlassen müsste. Aber das das könnte unter Umständen ein Preis sein, den man zahlen will. Wir haben uns aber auch die Frage gestellt, weshalb eigentlich bei einem Sälschulhaus ein Architekturwettbewerb für eine marginale Summe der Fassadensanierung stattfindet und beim Stadthaus nicht. Hier gibt es offenbar schon eine Vorwegnahme der Wertschätzung, dass die Jurasüdfüssler halt doch besser als die Sechziger-Jahre-Beton-Architektur sind. Ich fände es gut, denn ein solcher Wettbewerb müsste nicht nur diese Frage beantworten, sondern auch diejenige der inhaltlichen Flexibilität dieses Hauses. Alle sind hier schon hinauf gefahren, in irgend einem Stock ausgestiegen und in einem dunklen Loch gelandet. Man sieht nicht einmal Tageslicht, wenn man aus dem Lift kommt. Ich fände es schön. Man würde auch die Leute besser sehen, wie sie arbeiten oder auch nicht. Ich glaube aber, dass im Erdgeschoss wirklich ein Handlungsbedarf besteht. Übrigens gibt es einen Vorstoss von Markus Oegerli, der immer noch nicht beantwortet ist, der viele Punkte, die Urs aufgezählt hat, eigentlich aufnehmen sollte, nämlich publikumsnahe Nutzung. Damit meine ich nicht die Publikumsdienste der Stadt Olten, sondern eigentlich könnte dies dem Gewerbe zugeführt werden. Vielleicht könnte es sogar – meine einzige Vision in diesem Zusammenhang – wirklich eine gelebte Wirtschaftsförderung sein, indem wir hier für Jungunternehmer für eine beschränkte Zeit günstigen Raum zur Verfügung stellen. Jungunternehmer, die sich in unserer Stadt etablieren können, bleiben dann in der Regel ja auch, wenn sie einmal Steuern bezahlen. Wir ermöglichen einen guten Start und können dem Publikum auch interessante, kreative Läden anbieten. Für mich steht eigentlich vielmehr die Frage der Nutzung als diejenige der Sanierung im Vordergrund. Ich gehe immer noch davon aus, dass dieses Haus saniert werden kann. Die Nutzung müsste noch einmal aufgenommen werden. Grundsätzlich sind wir gegen eine Vernichtung von Bausubstanz, wenn sie nicht logistisch oder städtebaulich absolut störend ist. Deshalb lehnen wir dies ab.

Anna Engeler: Auch bei uns hat das Postulat einiges zu diskutieren gegeben. Ich nehme es gleich vorweg. Viel ist schon gesagt worden. Wir werden ebenfalls mehrheitlich dem Stadtrat folgen und das Postulat nicht überweisen. Gerade bei der Vision Winkel ist bei uns etwas Ähnliches diskutiert worden. Wir fanden auch, dass Ganze solle in den Winkel kommen, und es sollte dort etwas Attraktiveres gemacht werden. Zu den Gründen für unsere Ablehnung: Die Grünen hatten das Vergnügen, von Christian Amoser, Energieberater der Stadt, über die Sanierungsmöglichkeiten dieses Hauses informiert zu werden. Zu unserer Überraschung ist es so, dass allein durch einen Ersatz der Fenster bei der Wärmedämmung Einsparpotenzial von 80 % besteht. Das heisst, dort wäre schon ein wesentlicher Schritt gemacht, und die Sanierung ist möglich. Zusätzlich könnten Photovoltaikanlagen entlang der Fassade installiert werden und die Möglichkeit wäre somit gegeben, auf einen Minenergiestandard zu kommen, vielleicht nicht der Beste, aber durch die Anciennität dieses Hauses muss dies ja auch nicht so erreicht werden. Weshalb werden wir das Postulat aber nur mehrheitlich nicht überweisen? Bei uns ging es vor allem um die Ästhetik. Das Haus ist nicht für alle schön. Einige würden sagen, es müsse nicht ein so grosses graues Klotzhaus mitten in der Stadt geben. Das sind die hauptsächlichen Überlegungen, die bei uns gemacht wurden, weshalb es Gründe gibt, das Postulat eben doch überweisen zu wollen. Zudem liebäugeln wir natürlich auch damit, dass es eine Nullenergie-Vision geben könnte. Trotzdem: Angesichts unseres sehr hohen Investitionsbedarfs in den nächsten Jahren – wir haben sehr viele

wichtige Projekte, wo auch schon viele Gelder gebunden sind – haben wir das Gefühl, es sei nicht sinnvoll, noch eines oben drauf zu laden und am Schluss zu erkennen, dass wir eigentlich gar nichts mehr realisieren können.

Christian Werner: Auch in der SVP-Fraktion ist das Ganze breit und sehr kontrovers diskutiert worden. Eine knappe Mehrheit der Fraktion ist zur Überzeugung gelangt, dass man das Knapp'sche Postulat knapp unterstützen sollte und wird es überweisen. Konkret ist es eine 4 : 3 Mehrheit in der Fraktion gewesen. Uns ist wichtig festzuhalten, dass wir nicht per se für einen Neubau des Stadthauses sind, sondern die visionäre Idee einer Prüfung eben wirklich prüfenswert finden und schauen möchten, ob ein Neubau allenfalls eine bessere Entwicklungsvariante wäre. Aber dies wirklich im Sinne eines Postulats, eines Prüfungsauftrages und nicht im abgeschwächten Sinn einer Motion. Für uns würden dabei sicher die ökonomischen Argumente im Vordergrund stehen. Dies im Gegensatz zu den Grünen. Aber deswegen müssen wir uns nicht schämen, im Gegenteil.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Vielen Dank für die interessanten Visionen und die Aussagen zur Energie, die vor knapp einer Stunde auch wichtig gewesen wären, dass vielleicht in fünf Jahren ein anderer Standard als heute gilt. Aber die Visionen sind gut. Eine Vision ist für mich nicht etwas, das nicht machbar ist. Eine Utopie wäre nicht machbar. Eine Vision kann weiter verfolgt werden. Hier muss ich dem Postulanten eindeutig recht geben. Von Geld ist gesprochen worden. Der Finanzminister der Stadt hat vor sich ein Parlament, das über Geld bestimmt, manchmal über 10'000 Franken. Es ist auch gesagt worden, dass die bestehenden Projekte jetzt eigentlich durchgewinkt werden sollte. Ich kann es nicht lassen, Daniel Schneider noch etwas zum „Schlänggel“ für das Personal zu entgegnet. In diesem Haus wird gearbeitet. Das ganze Spektrum des Personals ist versammelt, wenn 200 Personen zusammen sind, von guten bis sehr guten. Du hast mich verstanden. Wir haben keine Angst, wenn zum Fenster hinein geschaut wird. Man kann zwischendurch auch hinaus schauen. Das ist auch gearbeitet. Man kann nämlich denken beim Hinausschauen. Ich möchte aber eigentlich etwas völlig Anderes sagen. Vor der letzten Parlamentssitzung ist ein anonymes Brief mit folgendem Wortlaut unter dem Türrahmen durchgeschoben werden: „An das Gemeindeparlament, 18./19.11.2009: Lasst das Stadthaus stehen. Es ist das Wahrzeichen von Olten und weitherum sichtbar. Viele Menschen orientieren sich am Stadthaus als Mitte und Angelpunkt unserer Stadt“. Ich habe versprochen, den Namen nicht zu nennen. Sie ist eine Dame, die zwischen 1930 und 1940 geboren ist, also eine ältere Person, die sich genau an diesem Stadthaus halten. Solche Leute gibt es noch sehr viele. Das ist fast eine anekdotische Aussage. Aber ich habe dieser Frau versprochen, es jetzt vorzulesen. Es geht nicht um den Abriss des Stadthauses, aber sie hat es so empfunden, wie es herüber gekommen ist. Zur Zentralität: Das Parlament hat vor noch nicht allzu langer Zeit einmal beschlossen, die Verwaltung zu zentralisieren. Patrick Kissling hat gesagt: Zusammenfassen und nicht dezentral. Genau das war der Wunsch dieses Parlaments. Es ging damals um die Integration der Stadtpolizei ins Stadthaus, als diese noch im heutigen Theaterstudio war. Der Stadtrat war wegen der Platzverhältnisse sehr skeptisch; das Parlament hat aber so bestimmt, denkt daran. Zentralisieren in der Kleinstadt Olten. Ich wäre dankbar, wenn das Postulat im Sinne des Stadtrates behandelt würde.

Daniel Dähler: Wenn wir beim Finanziellen sind, hier noch ein Aspekt, der vielleicht zu einer Meinungsbildung beitragen könnte. Die Stadt hat sich gegenüber der 2'000-Watt-Gesellschaft verpflichtet, dies in der Gebäudestrategie bis 2050 umzusetzen. Wenn wir jetzt schauen, was dies heisst, werden wir spätestens 2050, in rund 40 Jahren – das ist so der ordentliche Sanierungsrhythmus dieses Gebäudes – vor dieser Investition stehen, weil wir es mit dem, was wir heute erreichen, eigentlich nicht umsetzen können. Somit denke ich, dass die im Raum stehenden Visionen wirklich interessant sind, vor allem im Kontext mit einem besseren Minergiestandard respektive einem Nullenergiehaus, wo wir eigentlich schon ein Zeichen setzen können, dass wir es mit dem Ziel, das man in der Gebäudestrategie niedergeschrieben hat, ernst meinen. Somit befürworte ich das Denken ausserhalb der Box, und ich hoffe, es hat noch einige Mutige dabei, die es auch schaffen, dies mitzutragen, weil es um mehr geht, als einfach ein Haus zu sanieren, sondern um die Umsetzung einer Vision, die sich der Stadtrat respektive die Verwaltung im Baubereich mit der Strategie eigentlich selber gesetzt hat. Es wäre ein Zeichen, um den Weg in die richtige Richtung zu beschreiten.

In Kopenhagen diskutiert man heute nicht über schöne Architektur, sondern über gröbere Probleme, die wir haben.

Urs Knapp: Ich möchte danken. Vielleicht habe ich Visionen, aber keine Illusionen. Von daher bin ich auch nicht ganz überrascht, wie die Debatte gelaufen ist. Immerhin stelle ich mit Freude fest, dass ich überall etwas habe auslösen können und es eine Diskussion gegeben hat. Ohne Diskussion kann es auch keine Änderung geben. Manchmal braucht es auch zwei oder drei Anläufe, bis etwas passiert. Vielleicht gibt es ein paar Unentwegte wie offensichtlich Daniel und ich, die Visionen haben. Dann danke ich jetzt schon für die Zustimmung. Bei den Anderen hoffe ich, dass es noch einige Diskussionen geben wird, aus denen noch Visionen entstehen könnten.

Beschluss

Mit 23 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an:
Baudirektion
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 35/11, 45/0

Prot.-Nr. 59

Postulat André Koestli (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Für eine erweiterte Sicherheit an Oltner Schulen“/Beantwortung

Am 25. Mai 2009 haben André Koestli (SVP) und Mitunterzeichnende ein Postulat mit folgendem Inhalt eingereicht:

„Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, was es kosten würde, in sämtlichen Oltner Schulen ein Sicherheitssystem zu installieren, welches Kinder und Jugendliche vor einem eventuellen Amoklauf schützen würde.

Begründung:

Auf Anfrage beim zuständigen kantonalen Amt für Schulen gibt es für die erweiterte Sicherheit zum Beispiel bei einem Amoklauf keine offiziell bekannten Regelungen.

Es gab auch schon eine Bombendrohung an der Kantonsschule sowie an der Gewerblich-Industriellen Berufsschule in Olten.

Gab es noch weitere Drohungen an unseren Schulen?

In unserem Kanton ist der oder unser Schulleiter nebst den Mitarbeitern vor allem für Kinder und Jugendliche für die betriebliche Sicherheit verantwortlich.

Mit grossem Erstaunen und Bedauern habe ich erfahren, dass es das im ganzen Kanton Solothurn überhaupt nicht gibt! Darum müssen wir hier in Olten jetzt einen Präjudiz Fall schaffen und daran dringend etwas ändern.

Es müsste für den Fall eines Angriffes eine Lautsprecheranlage sein, die in sämtlichen Räumen installiert und hörbar wäre. Ebenso müssten in sämtlichen Räumen Alarmtaster installiert werden.

Weiter muss ein Merkblatt zum Thema „Zielgerichtete Gewalt und Amok“ erarbeitet werden.“

- - - - -

Stadtrat Mario Cematide beantwortet im Namen des Stadtrates das Postulat wie folgt:

Bombendrohungen, Amokläufe und zunehmend aggressives Verhalten von Schülerinnen und Schülern in Schulhäusern und auf Schularealen im In- und Ausland haben in der letzten Zeit in der Presse Resonanz gefunden. Richtig ist auch, dass an der Kantonsschule Olten und am BBZ Olten Bombendrohungen stattgefunden haben. Weitere vergleichbare Drohungen sind der Schuldirektion und dem Stadtrat nicht bekannt.

Die städtische Direktion für Bildung und Sport hat sich im Bereich des Unterrichts grundsätzlich zwei Ziele gesetzt, an denen die eingesetzten Mittel und Massnahmen gemessen werden:

- Die Gesellschaftsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen durch einen ihnen angemessenen Unterricht
- Die Arbeitsplatzzufriedenheit der Lehrpersonen

Es ist selbstverständlich, dass klare Verhaltensregeln und ein gewaltfreies Schulhausklima, verbunden mit einer täglich gepflegten Schulhauskultur im Verhältnis zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind.

Im Grossen und Ganzen kann festgestellt werden, dass dies an den Oltner Schulen der Fall ist. Ausnahmen bestätigen in diesem Fall nur die Regel. Die Erfahrung zeigt, dass „Klimaarbeit“ eine Daueraufgabe an Schulen ist und von allen Akteuren geleistet werden muss. Es scheint erwiesen zu sein, dass vor allem ehemalige und aktuelle Schülerinnen und Schüler zu Gewaltaktionen neigen. Auch darum kommt der „Klimaarbeit“ ein hoher Stellenwert zu. Rein formal ist der Schulleiter bzw. die Schulleiterin im Rahmen der Gesamtverantwortung auch für die Sicherheit auf dem Schulareal verantwortlich. Zudem kommen der Schulsozialarbeiterin und dem Schulsozialarbeiter besondere Aufgaben zu.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung und der Bearbeitung des Postulates Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende vom 18.09.2008 ist unter dem Arbeitstitel „Sicherheit an Oltner Schulen“ eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Direktionen Bildung und Sport, Bau und öffentliche Sicherheit an der Arbeit, um Bedrohungsszenarien zu analysieren und angemessene Massnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Dazu gehören neben Brandfällen auch Bedrohungslagen, wie sie der Postulant und die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner erwähnen. Bis Mitte nächsten Jahres sind entsprechende Erkenntnisse, Massnahmen und die damit zusammenhängenden Kostenfolgen bekannt. Behilflich dabei sind auch die Erfahrungen der Polizei Kanton Solothurn, welche im Laufe dieses Jahres einen zweitägigen Kurs zum Thema Amokläuferinnen und –läufer durchgeführt hat.

Abschliessend sei erwähnt, dass die Jugendpolizei des Kantons Solothurn in ausserordentlichen Bedrohungslagen (Bombendrohung) ausgezeichnete Arbeit geleistet hat und leistet.

Im Sinne der obigen Erwägungen und der eingeleiteten Schritte empfiehlt der Stadtrat dem Parlament, das vorliegende Postulat zu überweisen.

- - - - -

André Köstli: Lange hat es gedauert, bis das Postulat endlich zum Zug gekommen ist. Stetig habe ich es aktualisieren müssen, weil ja bekanntlich immer wieder neue Bedrohungen dazu gekommen sind. Die bekannten vorangegangenen Fällen von Amokandrohungen in Oftringen und Langenthal sind glücklicherweise nicht eingetroffen. Im Falle eines Schulmassakers könnten klare, kurze Anweisungen Leben retten. Leider nicht nur in Olten, sondern gesamtschweizerisch verlieren sich die Schulen in ihren pädagogischen Konzepten. Deutschland ist uns hier in Sachen Sicherheit an Schulen schon viele Jahre voraus. Nur eine einzige Durchsage bei einer Bedrohung hallt bis in die letzte Ecke des Schulhauses. Dort heisst es ganz einfach: „Frau Koma kommt“. Ihr fragt Euch jetzt sicher, was dies soll. Einigen von Euch ist dies aber ganz bestimmt auch bekannt. Das ist ein einfacher, vorher vereinbarter Code, der im Falle eines Amoklaufs dient. Sämtliche verantwortliche Personen wissen nun sofort, was zu tun ist. Die Türen werden verschlossen, verriegelt und sie verschanzen sich zusammen mit den Schülern in den Schulzimmern. Alarmieren, verbarrikadieren, solche simplen, einfachen und kostengünstigen Massnahmen können ein noch grösseres Leid verhindern und sollten deshalb auch an unseren Schulen machbar und umsetzbar sein. Bei der bereits eingesetzten Arbeitsgruppe „Sicherheit an Oltner Schulen“ hat Feuerwehrkommandant Sven Wagner den Auftrag übernommen, für alle Schulhäuser und Kindergärten aktuelle, mit dem Arbeitssicherheitsbeauftragten, Herrn Lüthi, abgeglichene, DIN-Norm-gerechte Flucht- und Rettungspläne auszuarbeiten. Weil aber die Planunterlagen zuerst noch von der Baudirektion hergestellt werden müssen, wird es voraussichtlich bis März 2010 dauern. Sobald die Rettungspläne vorliegen, wird sich die Arbeitsgruppe mit der Schulung von Lehrpersonen, Personal, Schülerinnen und Schülern

befassen. Dabei wird sie sich dann auch auf die Sicherheitsfrage, auf Feuer, Wasser, aber auch auf Bombendrohungen und Amok beziehen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei Herrn Kleiner für die Beantwortungen. Ich verstehe aber ganz einfach nicht, weshalb sie sich mit der Sicherheitsfrage betreffend Feuer, Bombendrohungen und Amok erst in einem späteren Zeitpunkt befassen will. Ich habe das Gefühl, dass dieses Thema einfach nicht so richtig ernst genommen wird. Deshalb bitte ich darum, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe erweitert wird, um rascher voran zu kommen. Zudem habe ich den Stadtrat aufgefordert zu prüfen, was es kosten würde, ein Sicherheitssystem zu installieren. Ebenso müsste dann natürlich auch eine Lautsprecheranlage in sämtlichen Räumen installiert werden. Solche Lautsprecher kennt man übrigens noch ganz gut von früher. Nur wurden sie damals für andere Zwecke verwendet: Durchsagen des Rektors usw. Diese Leitungen sind praktisch bei jedem Schulhaus sogar heute noch vorhanden, und solche Systeme sind ja in der Stadt Olten ganz gewiss keine Präjudizfälle. Zum Beispiel im Stadthaus, bei der Einwohnerkontrolle oder beim Sozialamt sind solche Alarmtasten bereits installiert. Was mir noch fehlt, ist die Beantwortung zum Thema Merkblatt „Zielgerichtete Gewalt und Amok“. Wann wird der Stadtrat ein solches Merkblatt verfassen? Um sich der ernstesten Sache einer erweiterten Sicherheit an Oltner Schulen anzunehmen, braucht es Euch alle, denn unsere Oltner Schulen brauchen im Falle eines Amoklaufes die beste Prävention und Sicherheit, die wir Politikerinnen und Politiker unseren Schülerinnen und Schülern auch bieten können. In diesem Sinne: Helft mit, unterstützt das Postulat für eine erweiterte Sicherheit an Oltner Schulen. Besten Dank.

René Wernli, FdP-Fraktion: 2007 Blacksburg: 33 Tote, Tuusula: 9 Tote; 2008 in Kauhajoki 11 Tote; 2009 in Baku 17 Tote, ebenfalls 2009 in Winnenden 16 Tote. Das sind nur die Stationen von Amokläufern an Schulen der letzten drei Jahre. Die Spur der Tragödie zieht sich über Asien, den amerikanischen Kontinent bis nach Europa. Auch unser nördliches Nachbarland Deutschland ist massiv betroffen worden. Wir erinnern uns an das Jahr 2003, Stichwort Erfurt, und in diesem Jahr an Winnenden. Das ist etwas, das in der Schweiz jederzeit an einem x-beliebigen Ort passieren kann und somit auch morgen zum Beispiel in Olten. Es kann trotz einer guten und gelebten Schulhauskultur und einem relativ gewaltfreien Schulhausklima nicht ausgeschlossen werden, dass ein Einzelner wegen irgend etwas ausrastet, unter welchen Lasten auch immer, und versucht, sich in seinem letzten Moment noch massiv in Szene zu setzen. In einer ersten Phase geht es darum, diese Personen erkennen zu können und - der Bildungsdirektor hat dies in seiner Antwort auch erwähnt - in diesem Bereich ist die Schulsozialarbeit gefordert. Ich bin aber der Auffassung, dass auch das Lehrpersonal in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachstellen von der Polizei geschult werden muss und ein entsprechendes Sicherheitskonzept, passend auf die örtlichen Verhältnisse jedes Schulhauses, ausgearbeitet werden muss. Ebenfalls sind bauliche Massnahmen ins Auge zu fassen. Ich denke an Beispiele wie Alarmsignale, Sprecheinrichtungen und bessere Türsicherungen. Aber die Schulen aus diesen Möglichkeiten, die passieren könnten, in Festungen zu verwandeln oder mit DAU-Detektoren respektive Eingangskontrollen auszustatten, wäre in meinen Augen fehl am Platz. Die Schulen müssen weiterhin als Lebens- und Wohlfühlraum, sofern möglich, für die Schüler, wahr genommen werden. Da die entsprechenden Schritte unseres Erachtens eingeleitet wurden, sind wir auch für Überweisung des Postulats.

Lukas Derendinger, SP-Fraktion: Es ist ganz klar ein aktuelles Thema. Ich habe mir auch ein paar Sachen aus der Zeitung ausgesucht. Wir haben erst gerade im Dezember in Langenthal eine Drohung gehabt. Es ist momentan irgendwie aktuell. Ich finde aber auch, dass zumindest die zwei Punkte, die der Stadtrat in seinem Bericht nennt, in diesem Sinne die wichtigen sind. Man müsste vielleicht einfach noch um den allgemeinen Punkt, den er zusätzlich im Text bringt, ergänzen. Wirklich wichtig ist ein gutes Klima an den Schulen und dass sich die Leute dort wohl fühlen. Wie man immer wieder gesehen hat, sind es in den meisten Fällen Schüler, die gemobbt werden oder irgendwo ein Problem mit Schülern oder Lehrern haben. Es sind nicht Leute, die aus anderen Gründen einfach plötzlich „austicken“. Deshalb denke ich, dass hier in erster Linie die Prävention wichtig ist und weniger die technische Hochrüstung der Schulen. Ich kann mir irgendwie auch schlecht vorstellen, wie in einer Bank noch einen Knopf unter meinem Pult zu haben, den ich im Notfall drücken müsste, wenn man davon ausgeht, dass man, falls so etwas passiert, ja ziemlich sicher ein

relativ lautes Geräusch hört, wenn jemand in einer Schule um sich schießen würde. Es ist sicher wichtig, dass die Schüler eine Ansprechstelle haben, um das Klima im Fall, dass es einmal nicht so gut ist, auch wieder beruhigen zu können. Es ist ganz klar, dass die Lehrer auf Schüler, die sich abschotten, sensibilisiert werden oder auch im Bereich: Wie geht man damit um? Eine gewisse Schulung von Polizei oder anderer Stelle. Ein heikler Punkt, den ich sehe, ist die Kommunikation nach aussen. Man sieht immer, dass es Fälle von Drohungen gibt. Ich denke, das geht in erster Linie darauf zurück, dass die Schüler es irgendwo sehen. In den Medien ist es präsent. Die Schüler sind ja nicht dumm. Sie wissen auch, dass bei den Leuten irgendwo ein ungutes Gefühl vorhanden ist, und nützen dies aus. Ich kann mich an einen Fall einer Bombendrohung an der Kanti Olten vor ein paar Jahren erinnern, wo es einfach darum gegangen war, dass der Schüler am Samstagmorgen keine Prüfung schreiben wollte. Er hat deshalb in Solothurn angerufen. Ich denke, dort ist auch wichtig, wie diese Sachen kommuniziert werden. Man darf schliesslich, wenn man über solche Massnahmen spricht, auch nicht anfangen, den Eltern Angst zu machen, dass sie das Gefühl haben, es sei jederzeit möglich, dass ihr Kind an dieser Schule erschossen werde. So machen wir die Schulkultur auch nicht wirklich besser und kommen nirgends hin. Das Thema muss ernst genommen, aber es soll keine Panik gemacht werden. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für Überweisung des Postulats.

Felix Wettstein: Auch die Grüne Fraktion steht diesem Anliegen positiv gegenüber und wird das Postulat überweisen. Es kann ja dabei nicht nur um Massaker gehen. Ein Amoklauf ist eine der schlimmsten, aber sicher nicht die einzige denkbare Bedrohung, auf die wir hoffentlich nie werden reagieren müssen, aber uns doch für den Fall eines Falles wappnen müssen. Unter Prävention verstehen wir allerdings ziemlich etwas Anderes als der Postulant vorher ausgeführt hat. Die Frage steht doch im Raum, was unsere Schulen richtig machen können. Die mit Abstand wichtigste Vorsorge gegen Gewalt – das gilt im kleinen wie auch im Weltformat – ist die Förderung von Toleranz, Verständnis für Vielfalt, im Falle der Schule ein klares Bekenntnis für die Integration ganz verschiedenartiger junger Menschen, die alle verdienen, nach ihren Möglichkeiten gefördert zu werden, die Förderung einer guten Kommunikation und der Fähigkeit, Konflikte ohne Gewalt zu bewältigen. Das sage ich auf alle Beteiligten bezogen, zwischen den Kindern und Jugendlichen, zwischen ihnen und den Lehrpersonen, aber auch zwischen den Erwachsenen, den Schulverantwortlichen und Eltern. Zu Recht spricht der Stadtrat in seiner Antwort von Klima und Kultur, von Schulhauskultur. Das können wir auch auf andere Ebenen der Gesellschaft übertragen. Gewalt sät, wer andersartige Menschen schlecht macht, ihnen ständig böse Absichten unterstellt und sie dämonisiert. Das ist genau das Gegenteil von Kulturförderung. Wir sind gespannt auf die Massnahmen im Fall von Bedrohungsszenarien, welche die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe jetzt ausarbeitet. Ich möchte es an dieser Stelle betonen, weil wir auch schon in anderem Zusammenhang reklamiert haben. Wir schätzen es, dass die Bildungsdirektion dieses Postulat frühestens dann abschreibt, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorliegen und umsetzungsbereit sind.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat ebenfalls einstimmig überweisen. Für uns ist es ein Postulat, gegen das man gar nicht sein kann. Es ist in der Öffentlichkeit, es ist zuvorderst, es gibt die schlimmen Fälle, die man kennt. Wir haben schon einige Zitate gehört. Das ist das Eine. Auf der anderen Seite haben wir gesagt: Es ist aber für den Stadtrat auch irgendwo eine Mission impossible. Man kann keinen Amoklauf direkt verhindern. Wenn man dies will, dann nur unter enormem Aufwand, grossen Kosten und massiven Einschränkungen der Freiheitsrechte. Wir glauben, das ist nicht etwas, das wir wirklich wollen. Auch die vom Postulanten genannten Massnahmen sind am Schluss nicht wirklich wirksam. Amokläufer sind nicht blöd. Sie denken mit, überlegen sich dies auch und studieren dies aus. Es ist übrigens auch nicht so, dass die Täter normalerweise Ausländer oder Randständige sind. Gerade eben nicht. Die Amokläufer kommen soziologisch aus der Mittelschicht, aus sogenannten geordneten Verhältnissen. Gerade sie ticken eher aus. Das ist interessant. Man erkennt sie nicht sofort. Noch einige kritische Bemerkungen zum Ganzen: Es ist auch etwas ein medialer Hype. Das wird aufgearbeitet, und es ist so eine mediale Erregung über dieses Thema, eine Gefahr. Ich möchte in diesem Zusammenhang einfach betonen, dass es ganz andere Gefahren gibt, die vielleicht auch noch wichtig sind. Es ist ähnlich wie mit der Schweinegrippe. Da wird etwas aufgeköcht. Aber wie gefährlich ist es?

Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, dass gerade in unserer Stadt Olten, um die es letztlich ja auch geht, die Gefahr für Schülerinnen und Schüler, auf dem Schulweg verletzt zu werden, zu verunfallen oder sogar getötet zu werden viel grösser, massiv grösser ist. Was machen wir dort? Ich wäre froh, wenn die SVP-Fraktion uns bei sicheren Velowegen unterstützen würde. Ein anderes Thema, das wir auch nicht behandeln oder besprechen: Wenn wir von Gefahr sprechen, gehen die meisten Todesfälle von Jugendlichen, Schülerinnen oder Schülern auf Suizid zurück. Was machen wir dort? Wenn man die Verhältnismässigkeit auflegt, ist die Gefahr, die von Amokläufen kommt, verschwindend klein und die Aufwände, die wir haben, relativ gross. Dies einfach noch zum Mitnehmen.

Stadtrat Mario Clematide: Vorerst möchte ich für die substanziellen und anregenden Wortmeldungen danken. Umfassende Sicherheit gibt es bekanntlich nicht. Ein Restrisiko bleibt immer. Das sagt mir meine 20-jährige Schulleitungserfahrung. Es gilt der Grundsatz, was sehr wichtig ist, dass wir in Unsicherheit leben und in Unsicherheit entscheiden müssen. Eines ist mir auch klar geworden: Daneben, dass der Schulleiter eine grösstmögliche Sicherheit anstreben muss und zwar zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, zum Wohl der Lehrerinnen und Lehrer und natürlich auch zum Wohl der Öffentlichkeit kommt der Klimaarbeit – das habe ich auch in der Antwort geschrieben- nicht derjenigen in Kopenhagen, sondern derjenigen an unseren Schulen, höchste Bedeutung zu. Denn gerade wenn es um Affekthandlungen und Amokläufer geht, obschon man sie nicht erkennen kann, erkennt man auffällige Schülerinnen und Schüler, wenn eine gute Beziehung gelebt wird, und dann muss man mit ihnen ins Gespräch kommen. Die Pflege des Schulklimas fängt in den Schulzimmern beim Verhältnis zwischen Lehrperson und Schülerinnen und Schülern sowie unter den Schülerinnen und Schülern an. Von daher freut es mich, dass unser Rektor Ueli Kleiner bei seinen aktuellen Schulbesuchen die Rückmeldung gibt, dass er in den Schulhäusern und auf den Pausenplätzen wenig Aggressionen wahrnimmt. In diesem Zusammenhang möchte ich Euch, was die Bemerkung Wohlfühloase in der Schule anbelangt, doch bitten, das letzte Oltner Schulblatt, unser Editorial, zu lesen. Ich zitiere daraus, weil es mir sehr wichtig ist. Ueli Kleiner und ich schreiben: „Ich, Lehrperson, trete mit Dir, Schüler/-in, in eine Beziehung, die es Dir erlaubt, ermöglicht, Deine Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln, persönlich zu reifen und sozialbezogen zu denken und zu handeln. Diese Beziehung ist stabil und Du, Schüler/-in, kannst Dich darauf verlassen. Diese Beziehung zwischen Lehrpersonen und Lernenden ist absolut grundlegend für das Gelingen von Schule und Unterricht.“ Das ist eine Atmosphäre, die leistungsorientiert wird. Ich bin nicht als jemand bekannt, der keine Leistung verlangt, im Gegenteil. Aber ich erachte das Schulklima als wesentliche Voraussetzung, dass Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler gute Leistungen bringen können. Ziel ist ganz klar ein gewaltfreier Schulcampus mit vorbildlichen und verbindlich einzufordern- den Regeln, die übrigens für alle gelten. Dass Schulsozialarbeit dazu gehört, ist selbstverständlich. Man hat ja gerade in der Vergangenheit lesen können, dass es Gemeinden gibt, auch im Gäu und Niederamt, die erkannt haben, dass sie solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen. Mir ist im Bannfeldschulhaus aufgefallen, dass die einschlägigen Regeln angeschlagen sind. Allen, die sich auf dem Schulhausgelände befinden, ist bekannt, was gilt. Jetzt komme ich zu etwas Handfestem, wo die ersten beiden Redner vielleicht etwas besser bewandert sind als ich. Klar ist, dass neben der klimatischen Sicherheit auch die organisatorische Sicherheit, wer was unter welchen Umständen macht, und die technische Sicherheit, welche Instrumente in welcher Bedrohungssituation wo und wem zur Verfügung stehen, definiert und entsprechende Massnahmen eingeübt werden müssen. Aus diesem Grund haben wir eine direktions-übergreifende Arbeitsgruppe gebildet, sind Aufträge erteilt worden, habe ich mich bei einem Sicherheitsunternehmen nach den Kosten für Lautsprecheranlagen erkundigt. Wir sind dann bald einmal bei 100'000 Franken, einfach so nebenbei. Der Stadtrat hat den Nachtragskredit für Flucht- und Rettungspläne, auch in einem rechten Betrag, gesprochen. Durch die Feuerwehr werden Feuerlöschkurse angeboten. Das ist aufgegleist. Die Jugendkommission hat als Jahresziel für das nächste Jahr unter anderem angegeben, die Situation um die Schulhäuser zwischen abends 18 Uhr und 22 Uhr aufsuchend zu untersuchen. Der Stadtrat will, dass das Postulat überwiesen und nicht abgeschrieben wird. Er nimmt die Problematik ernst, ist sich aber auch bewusst, dass ein Restrisiko bleibt. Zusammen mit der Direktion Sicherheit und Bau bleibt Bildung und Sport am Ball. Aber eines ist mir auch wichtig: Das Thema ist ernst zu nehmen. Aber bitte verfallen wir nicht in Panik.

André Köstli: Ich danke Mario Cematide für die Antworten. Was sind 100'000 Franken, wenn man denkt, man könnte ein Leben retten? Meiner Meinung nach müssen wir aufhören, von Geld zu sprechen. Ich habe die Frage nach der Beantwortung zu zielgerichteter Gewalt und Amok gestellt. Macht Ihr dort etwas oder gibt es nichts? Es gibt schon gewisse Vorlagen dafür.

Stadtrat Mario Cematide: Die Polizei Kanton Solothurn hat über mehrere Tage einen Kurs à zwei Tage durchgeführt. Auch unsere Sozialarbeiterin hat teilgenommen. Die Rückmeldung von Mitarbeiter/innen des BBZ; wo ich früher Verantwortung hatte, ging dahin, dass sie mir gesagt haben, es sei viel geredet, akademisch diskutiert, aber nichts gemacht worden. Das Problem ist einfach schwer fassbar.

Beschluss

Einstimmig wird Überweisung beschlossen.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 46/2

Prot.-Nr. 60

Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Unterstellung der künftigen Sek P in der Stadt Olten/Beantwortung

Am 28. Mai 2009 haben Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Inhalt eingereicht:

„Nach Information aus dem Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) soll die Sek P an den Standorten der Kantonsschulen, also auch in Olten, dem ABMH unterstellt werden. Die Sek B und E würde demgegenüber dem Amt für Volksschule und Kindergarten unterstellt. Gemäss RG 027/2006 „Änderung des Volksschulgesetzes (als Folge der Reform der Sekundarstufe 1) ist die Sek P Teil der Sekundarschule und somit Teil der Volksschule. In der Abstimmungsbotschaft zur kantonalen Volksabstimmung vom 26. November 2006 steht unter § 3 Schularten: Die solothurnische Volksschule umfasst folgende Schularten:

- a. die Primarschule;
- b. die Sekundarschule;
- c. die Sonderschule.

Mit der Unterstellung unter zwei Ämter sind Doppelspurigkeiten, Komplikationen und damit Qualitätseinbussen vorprogrammiert. Zusätzlich ist in Olten die Direktion für Bildung und Sport direkt betroffen, da sie die Aufsicht über denjenigen Teil der heutigen Bezirksschule verliert, der mit dem Untergymnasium zur Sek P zusammengeführt wird. Darum bitte ich den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass die künftige Sek P dem AVK unterstellt werden soll? Wird sich der Stadtrat vehement dafür einsetzen, dass die Unterstellung der künftigen Sek I unter einem Amt erfolgt?
2. Ist der Stadtrat beim Regierungsrat vorstellig geworden, um dieses Anliegen zu prüfen? Wie lautet die Antwort der Regierung?
3. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass es durch die Unterstellung unter zwei Ämtern zu Doppelspurigkeiten, Komplikationen und damit Qualitätseinbussen kommen kann? Wenn ja, in welchem Ausmass?
4. Wie müsste die städtische Direktion für Bildung und Sport restrukturiert werden, wenn die Doppelunterstellung doch kommen würde.“

Begründung:

Begründung im Vorstosstext enthalten.

- - - - -

Stadtrat Mario Cematide beantwortet im Namen des Stadtrates die Interpellation wie folgt:

Am 8. April 2009 wurde eine Delegation des Stadtrates (Stadtpräsident E. Zingg, Stadtrat BISPO M. Wey und Leiter der Direktion BISPO U. Kleiner) beim Kanton vorstellig, um offene Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Sek I-Reform zu besprechen. Seitens des Kantons nahmen Regierungsrat Klaus Fischer, Amtsvorsteher AVK Andreas Walter und Amtsvorsteher ABMH Andreas Brand an der Besprechung teil.

Die vom Interpellanten gestellten Fragen kamen in dieser Sitzung zur Sprache. Dabei ging die Delegation der Stadt Olten davon aus, dass die Sek P in Olten als Teil der Volksschule der Direktion Bildung und Sport unterstellt werde. Dieses Anliegen wurde gegenüber den kantonalen Vertretern auch vorgebracht und begründet.

Die Antwort von Regierungsrat Fischer war unmissverständlich, indem er klarstellte, dass die Führung der Sek P, die an Kantonsschulen geführt werden (Olten und Solothurn), durch die Kantonsschule wahrgenommen wird. Die kantonale Zuständigkeit liegt bei einem gemischten Gremium aus AVK und ABMH.

Die von uns geäußerten Befürchtungen, dass durch diese Konstellation kein einheitliches Profil der Sek P entsteht, dass es zu Doppelspurigkeiten, Komplikationen und Qualitätsunterschieden kommt, beantwortete der Regierungsrat mit dem Hinweis, dass es Sache des Koordinationsgremiums sei, für eine qualitativ gute Umsetzung des Sek P-Bereiches zu sorgen.

Die Stellungnahme des Kantons ist klar, allerdings nicht im Sinne des Stadtrates. Immerhin ermöglicht sie jetzt die konkreten Planungsschritte (Schulkreisbildung, Planung des Überganges zum neuen Sek I-Modell) und die Frage einer Restrukturierung der Direktion BISPO stellt sich nicht mehr.

- - - - -

Andreas Schibli: In der Abstimmungsbotschaft zur kantonalen Volksabstimmung zur Reform der Sekundarstufe I vom 26. November 2006 steht unter § 3 Schularten, die solothurnische Volksschule umfasse die Schularten Primarschule, Sekundarschule und Sonderschule. Es erscheint sehr seltsam, dass die Unterstellung der Volksschule nicht unter einem Amt erfolgt, wie dies der Volkswille gemäss Abstimmung vom 26. November 2006 war. Ich möchte betonen, dass es nicht um die Standorte, sondern um die Unterstellung der gesamten Sekundarstufe I, das heisst auch der Sek P, unter ein Amt oder unter das Amt für Volksschule und Kindergarten geht. Gemäss Aussage des Kantons ist dies eine Interpretationsfrage. Dies zur Einleitung. Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und dass er beim Kanton vorstellig wurde, um das Anliegen der Unterstellung der künftigen Sek P zu prüfen. Aus den Antworten der Interpellation ist ersichtlich, dass der Stadtrat vor klare Bestimmungen seitens des Kantons bezüglich der Unterstellung der Sek P gestellt worden ist. Der Stadtrat teilt meine geäußerten Befürchtungen bezüglich uneinheitliches Profil der Sek P, Doppelspurigkeiten, Komplikationen und Qualitätsunterschiede. Die qualitativ gute Umsetzung der Sek P ist gemäss Aussage des Kantons Sache eines Koordinationsgremiums. Interessant zu wissen wäre, wer in diesem Koordinationsgremium Einsitz nimmt. Gemäss Aussage des Kantons wird die Koordination der Sek P an der Kantonsschule mit der Sek I, welche die Sek P an den Kantonsschulen und der Rest der Sek E bei den Gemeinden ist, auf der Ebene Schulleitungen erfolgen. Leider ist in der Antwort des Stadtrates dazu gar nichts zu lesen. Zu den Planungsschritten, wie im letzten Absatz der Antwort erwähnt ist, gehört somit auch das aktive Zugehen der Schulleitung der Gemeinde auf die Schulleitung der Kantonsschule. Dazu habe ich eine weitere Frage. Sind hier schon erste Schritte geplant, oder wie sieht die künftige Zusammenarbeit aus? Im Zusammenhang mit der künftigen Sek I stellt sich eine weitere Frage, nämlich diejenige des 10. Schuljahres, das heisst von der jetzigen 4. Bez. und der WBK. Nach Aussage des Kantons sind die Gemeinden frei, eigenständige Angebote zu führen. Die 4. Bez. in der Stadt Olten stellt ein klares Bedürfnis dar und hat eine mehr als 100-jährige Tradition. Ist der Stadtrat bereit, ein freiwilliges 10. Schuljahr an der Sekundarstufe I der Stadt Olten zu führen und dies unter der Leitung der Direktion Bildung und Sport, oder wird er dies wie bei der Standortfrage der Sek P mutlos und kampfflos aus den Fingern geben?

Stadtrat Mario Clematide: Im Zusammenhang mit der Sek I-Reform wurde ja schon relativ viel geredet und noch mehr geschrieben. Es scheint mir nicht immer ein angemessener Ton. Ich denke, dass wir jetzt die Energie auf die Umsetzung des Projekts legen sollten. Dazu kann ich sagen, dass wir hier in Olten sowohl formal – ich denke an den Leitgemeindevvertrag und das Betriebskonzept im Schulkreis +Olten – als auch infrastrukturell – ich denke an die Schulraumplanung – auf Kurs sind, wobei das Ganze durchaus etwas zeitkritisch sein

könnte. Wir werden im Januar mit zwei Beantwortungen dazu kommen. Das Gespräch in Solothurn in Sachen Sek I-Reform im Allgemeinen und was die Unterstellung der Sek P im Besonderen anbelangt hat ja vor meiner Zeit stattgefunden, wobei man nicht unbedingt sagen kann, es sei ein Gespräch gewesen. Offensichtlich wäre dies der falsche Begriff. Es ist mehrheitlich eine Einwegkommunikation gewesen und zwar in mehrfachem Sinn des Wortes „von oben herab“. Mit dem Interpellant bin ich der Ansicht, dass die gewählte Lösung die zweitbeste ist. Erziehungsdirektor Klaus Fischer hat die Lösung der Doppelunterstellung in einer Koordinationskonferenz gefunden. Es ist gesagt worden, sie solle anfangs Jahr stattfinden. Bis heute ist noch keine Einladung gekommen. Hier sagt der Welsche in der Regel: „Affaire à suivre“. Was die Koordinationsbereitschaft der Kanti anbelangt, muss ich sagen, dass ich bis heute noch nicht viel gespürt habe. Aber ich denke, das wird noch kommen. Zum 10. Schuljahr nur soviel: Das Problem wird sich frühestens im Schuljahr 2014/15 stellen, wenn der erste dreijährige Sek I-Reform-Zyklus vorbei ist. Unverbindlich kann ich jetzt sagen, dass aus Platzgründen die 10. Schuljahre voraussichtlich ab dem Schuljahr 2011/12, wenn wir anfangen, ins Sälischulhaus verlegt werden. Das ist aber erstens unverbindlich und zweitens, wenn es so wäre, eine suboptimale Lösung. Was das Verhalten der Direktion Bildung und Sport anbelangt, denke ich, dass dies auch meine Vorgänger nicht gemacht haben: Die Sachen einfach hingenommen. Ich habe dies im Zusammenhang mit einem Gespräch, das wir gestern geführt haben, gesagt. Die Abwesenheit des Kantons in gewissen Bereichen, wo man eigentlich erwartet, dass er dabei ist, ist für Bildung und Sport Olten nur eine Chance, nämlich aktiv zu werden und zu handeln. Es gibt ja auch den Grundsatz: Wer fragt, erhält Weisungen. Also lieber handeln.

Andreas Schibli: Dass der Stadtrat beim Kanton vorstellig geworden ist, finde ich gut, und das stellt mich zufrieden. Mit den Antworten zur Interpellation bin ich teilweise zufrieden, weil es eine klare Aussage des Kantons ist, dass eben bei unserem Spezialfall in der Stadt Olten, wo die Sek P an der Kanti und der Rest der Sekundarstufe I im Froheimschulhaus ist, dort die Kompetenz ganz klar bei den Schulleitungen ist. Das habe ich eigentlich in der Antwort der Interpellation erwartet. Deshalb bin ich mit den Antworten teilweise zufrieden. Als dritten Punkt möchte ich noch anhängen, dass ich mit der Situation selbstverständlich überhaupt nicht zufrieden bin.

Luzia Stocker Rötheli: Die Beantwortung des Stadtrates zeigt ja, dass zum Zeitpunkt, zu dem das Gespräch stattgefunden hat, nichts mehr zu machen war. Die Entscheide waren getroffen. Ich denke, die Doppelunterstellung ist sicher eine suboptimale Lösung. Aber ich möchte eigentlich die Ausführungen von Mario Clematide unterstützen, dass man sich jetzt vorwiegend auf die Umsetzung konzentrieren müsste. Die Sek I-Reform ist gelaufen. Daran können wir im Grundsatz nichts mehr ändern. Ich denke, wir müssen mit dem, was heraus gekommen ist oder was uns vielleicht auch nicht passt, das Beste machen und uns wirklich auf die Umsetzung konzentrieren. Dort habe ich von Dir gehört, dass hier sehr viel Engagement vorhanden ist.

Lukas Derendinger: Ich möchte zuerst offen legen, dass ich in diesem Sinne direkt Betroffener in Zukunft bin, sprich ich unterrichte momentan am Untergym in Olten wie auch an der Oberstufe. Deshalb möchte ich eigentlich nur ein Bedenken einwerfen. Ich habe kein Problem damit, dass man mich zukünftig dem AVK oder wem auch immer unterstellt, sondern möchte einfach sagen, dass man das Problem der Doppelspurigkeiten per se nicht komplett los wird. Entweder gibt es Doppelspurigkeiten auf Regierungs- und Direktionsebene oder auf Lehrerseite, sprich ich bin zwei Stellen zugeordnet und habe je nachdem auf zwei Seiten zu schauen und quasi auf zwei Seiten den richtigen Job zu machen. Es wird nie eine total optimale Lösung für jeden geben. Das ist mit diesem Standort nicht möglich.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 17. Dezember 2009

Akten-Nr. 41/5

Prot.-Nr. 61

Postulat Theo Schöni (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. „Einheitliche Öffnungszeiten für alle Garten- und Strassenrestaurants in der Oltner Innenstadt“/Beantwortung

Am 28. Mai 2009 hat Theo Schöni und Mitunterzeichnende der Fraktion Grüne/Junge Alternative ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Einheitliche Öffnungszeiten für alle Garten- und Strassenrestaurants in der Oltner Innenstadt

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welche Weise einheitliche abendliche Öffnungszeiten für alle Restaurationsbetriebe, die ein Garten- oder Strassenrestaurant in der Oltner Innenstadt führen, ermöglicht werden können.

Begründung:

In der Oltner Innenstadt gibt es zwischen Hammer und Bifang etliche Restaurationsbetriebe, welche in den Sommermonaten Aussenbetriebe führen. Dabei gibt es die verschiedensten Terrassen-, Garten-, Hinterhof-, Ufer- und Strassenrestaurants. Diese gehören mittlerweile zum Ambiente des urbanen Oltner Lebensraums und prägen unsere Stadt im Sommer entscheidend mit. Sie sind aus dem städtischen Bild nicht mehr weg zu denken. Sie bringen Leben in die Stadt. Natürlich gehört dazu auch eine gewisse Geräuschkulisse, die aber erträglich ist, sofern es sich lediglich um Gespräche der Gäste handelt und die Aussenrestaurants nicht mit Musik beschallt werden.

Leider werden in Olten nicht alle Restaurantbetriebe gleich gehandelt. Im Raumplanungsgesetz ist für den Innenstadtbereich die Lärmempfindlichkeitsstufe 3 vorgesehen und in Wohnquartieren die Stufe 2. Nun dürfen in der Altstadt die Aussenrestaurants bis nach 22.00 Uhr geöffnet haben, obwohl in der Altstadt Leute wohnen. In der Innenstadt (Platz der Begegnung, hintere Seite Chorherrenhäuser) dürfen die Aussenrestaurants jedoch nur bis 19:00 Uhr geöffnet haben. Das wird als Ungleichbehandlung empfunden.

Besonders störend ist dies, wenn während der Chilbi oder anderen Festen und Anlässen Jubel-Trubel in der Stadt herrscht, aber die Aussenbeizli geschlossen werden müssen.

Innovation und Engagement des ansässigen Gewerbes soll nicht bestraft, sondern nach Möglichkeiten unterstützt, gefördert und geschätzt werden.»

- - - - -

Stadtrat Dr. Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Rahmen eines sogenannten «Gastroplans» werden unter anderem auch die abendlichen Öffnungszeiten für alle Restaurationsbetriebe, die ein Garten- oder Strassenrestaurant in Olten führen, auf dem gesamten Stadtgebiet festgelegt. In Zusammenarbeit mit der Direktion Öffentliche Sicherheit soll dieser Gastroplan bis Frühling 2010 vorliegen. Dieser soll als Richtlinie (voraussichtlich behördenverbindlich) für eine nachvollziehbare Bewilligungspraxis unter Wahrung der Gleichbehandlung für den Betrieb von Aussenrestaurants und deren Öffnungszeiten dienen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Theo Schöni: Ich möchte drei Punkte anführen. Es ist dringend an der Zeit, dass eine Antwort auf diese Frage gefunden wird. Die letzten Jahre haben dies immer wieder gezeigt. Wir haben viele betroffene Gastrobetriebe. Dass es eine einheitliche Lösung braucht, die hieb- und stichfest ist, wo man kein Wenn und Aber, eine Entscheidungsgrundlage hat, ist meiner Meinung nach auch wichtig. Ich hoffe, dass die Umsetzung direkt proportional ausfallen wird wie die Antwort zu diesem Postulat und wir uns am 24. Juni 2010 nach der Parlamentssitzung der Rechnung bei der nächst gelegenen Beiz, versammeln können.

Simon Haller: Die Fraktion CVP/EVP/GLP unterstützt das Postulat von Theo Schöni einstimmig. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass es schlecht zur Idee einer attraktiven Innenstadt passt, wenn die Restaurants ihre Aussenbereiche schon um 19 Uhr schliessen müssen. Die Garten- und Strassenbeizen tragen doch im Sommerhalbjahr viel zu einer Belebung und Attraktivierung unserer Innenstadt bei. Wir unterstützen deshalb den Ansatz, dass die Oltnen Restaurants in der Innen- und Altstadt in Zukunft abends länger offen halten können. Auch die Erarbeitung eines Oltnen Gastroplans macht in unseren Augen Sinn. Uns ist es dabei aber ein besonderes Anliegen, dass er sich auf das ganze Stadtgebiet bezieht, insbesondere auch auf die zum Teil sehr lärmintensiven Restaurants und Imbisslokale auf der rechten Stadtseite. Weiter wird es wichtig sein, dass der Gastroplan auch die zukünftige Entwicklung der Oltnen Innenstadt ganz bewusst steuert. In mittleren und kleineren Städten ist zur Zeit ein Strukturwandel im Gang. Viele Ladenlokale werden immer öfter durch Restaurants und Bars umgenutzt. Diese Entwicklung kann man gut oder schlecht finden. Wichtig ist aber, dass sie einer Tatsache entspricht, die bei der Entwicklung des Oltnen Gastroplans berücksichtigt werden muss. Er muss deshalb ganz im Speziellen auch den zukünftigen Restaurantbetreibern klare Antworten liefern können, wo und wie lange er oder sie draussen bedienen darf, damit den Gastrobetreibern bei der Belebung der Oltnen Innenstadt keine unnötigen Steine in den Weg gelegt werden. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Überweisung des Postulats einstimmig zustimmen.

Lukas Derendinger: Die SP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats mit den ähnlichen Argumenten, wie sie Simon Haller dargelegt hat, auch zu.

Marcel Buck: Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat ebenfalls und hofft, dass der Gastroplan dann tatsächlich auch den gewünschten Effekt bringen wird. Im Gegensatz zu Dir sind wir der Meinung, dass die sogenannte Ungleichbehandlung sicher bei gewissen Restaurants Sinn macht. Aber wir unterstützen es trotzdem.

Nico Zila: Die FdP unterstützt das Anliegen des Postulanten mit Überzeugung. Für uns ist auch klar – hier spreche ich als Altstadtbewohner ebenfalls mit persönlicher Überzeugung davon – dass die einheitliche Schliessungszeit wahrscheinlich eher am oberen Rand der heutigen unterschiedlichen Limite zu liegen kommen sollte. Aus dem Kopfnicken schliesse ich, dass dies auch Euer Anliegen ist. Ich habe noch kurz im Polizeireglement geblättert. In Artikel 35 steht folgende Aussage: „Für den Betrieb von Aussenwirtschaften erlässt der Stadtrat die

Bedingungen. Dabei ist insbesondere auch der Beitrag der Aussenwirtschaften an die Attraktivität des städtischen Kultur- und Zentrumsangebotes gebührend zu berücksichtigen.“ Von den Interessen der Anwohner – mit Verlaub – auch wenn sie selbstverständlich zu berücksichtigen sind, steht in diesem Artikel nichts. Es ist jetzt im Interesse aller, die heute Abend gesprochen haben und wahrscheinlich von den meisten in diesem Saal, dass beim Gastroplan auf die erwähnten Punkte geachtet wird. Die FdP unterstützt dies.

Beschluss

Grossmehrheitlich (41 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen) wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Tiefbau/Herr Urs Kissling (2)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich bedanke mich recht herzlich für die gute Disziplin am heutigen Abend und lade Euch alle zum Jahresumtrunk ein. Allen wünsche ich gute Festtage mit ihren Familien und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.